

Unterrichtung
durch die Bundesregierung

**Bericht der Wahlkreiscommission für die 8. Wahlperiode
des Deutschen Bundestages gemäß § 3 Bundeswahlgesetz (BWG)**

Inhalt

	Seite
1 Zusammensetzung, Aufgaben und Tätigkeit der Kommission	3
1.1 Zusammensetzung der Kommission	3
1.2 Aufgaben der Kommission	3
1.3 Beteiligung weiterer Institutionen	3
2 Ergebnis der Überprüfung der gegenwärtigen Wahlkreisgrenzen	4
2.1 Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung	4
2.2 Auswirkungen der kommunalen Grenzänderungen	9
3 Grundsätze und Vorschläge der Kommission zur Änderung der Wahlkreis-einteilung	9
3.1 Grundsätze	9
3.2 Die Vorschläge im einzelnen	10
Schleswig-Holstein	13
Hamburg	14
Niedersachsen	14
Bremen	14
Nordrhein-Westfalen	15
Hessen	15
Rheinland-Pfalz	16
Baden-Württemberg	16
Bayern	17
Saarland	17

Anlagen	Seite
1 Die gegenwärtigen Wahlkreise mit ihrer deutschen Bevölkerung am 1. Juli 1977	18
2 Die vorgeschlagenen Wahlkreise mit ihrer deutschen Bevölkerung am 1. Juli 1977	23
3 Beschreibung der vorgeschlagenen Wahlkreise	28

Gemäß § 3 Abs. 3 Satz 2 des Bundeswahlgesetzes zugeleitet mit Schreiben des Bundesministers des Innern vom 2. Juni 1978 — V I 5 — 121 117 — 1/14 —.

Der Bericht der Wahlkreiskommission wird nach § 3 Abs. 3 Satz 2 BWG im Bundesanzeiger veröffentlicht.

1. Zusammensetzung, Aufgaben und Tätigkeit der Kommission

1.1 Zusammensetzung der Kommission

Nach § 3 Abs. 1 Bundeswahlgesetz (BWG) ernennt der Bundespräsident eine ständige Wahlkreiskommission. Sie besteht aus dem Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, einem Richter des Bundesverwaltungsgerichts und fünf weiteren Mitgliedern. Mitglieder der Wahlkreiskommission für die 8. Wahlperiode des Deutschen Bundestages sind:

Dr. Hildegard Bartels, Präsident des Statistischen Bundesamtes

Peter Beckmann, Leitender Ministerialrat im Hessischen Ministerium des Innern

Dr. Kurt Geiger, Ministerialdirektor im Innenministerium des Landes Baden-Württemberg (bis 31. März 1978)

Dr. Walter Gensior, Ministerialdirigent im Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen

Franz Niedermaier, Vorsitzender Richter am Bundesverwaltungsgericht

Dr. Günther Scheingraber, Präsident des Bayerischen Landesamtes

Rolf Wandhoff, Regierungspräsident in Lüneburg.

Die Kommission trat am 2. Mai 1977 zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen und bestätigte die bisherige Geschäftsordnung. Sie wählte zu ihrem Vorsitzenden Frau Präsidentin Dr. Hildegard Bartels und zu ihrem stellvertretenden Vorsitzenden den Herrn Ministerialdirigenten Dr. Walter Gensior.

Weitere Sitzungen fanden am 26. Mai, 19./20. Oktober, 20. Dezember 1977, 4./5. April und 17. Mai 1978 statt.

1.2 Aufgaben der Kommission

Die Aufgaben der Kommission sind in § 3 BWG, der durch das Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 24. Juni 1975 (BGBl. I S. 1593) einige Änderungen und Präzisierungen erfahren hat, im einzelnen festgelegt. Zusammenfassend sind sie wie folgt zu beschreiben:

Die Kommission hat nach jeder Wahl zu prüfen, ob Wahlkreisänderungen erforderlich sind und entsprechende Vorschläge zu machen. Sie hat zu diesem Zweck über Änderungen der Bevölkerungszahlen im Wahlgebiet, und zwar beschränkt auf die deutsche Bevölkerung, zu berichten und darzulegen, ob und welche Änderungen der Wahlkreiseinteilung sie mit Hinblick darauf für erforderlich hält. Sie

kann auch aus anderen Gründen, z. B. wegen Grenzänderungen im Zuge der Gebiets- und Verwaltungsreform, Änderungsvorschläge machen.

Bei ihren Vorschlägen hat die Kommission folgende Grundsätze in § 3 Abs. 2 BWG zu beachten:

- Die Zahl der Wahlkreise in den einzelnen Ländern soll deren Bevölkerungsanteil soweit wie möglich entsprechen.
- Die Abweichung von der Durchschnittszahl der deutschen Bevölkerung der Wahlkreise soll beim einzelnen Wahlkreis nicht um mehr als 25 % nach oben und unten betragen; bei einer Abweichung von mehr als 33 1/3 % ist eine Neuabgrenzung vorzunehmen.
- Jeder Wahlkreis soll ein zusammenhängendes Ganzes bilden.
- Ländergrenzen müssen, die Grenzen der Gemeinden, Kreise und kreisfreien Städte sollen nach Möglichkeit bei der Abgrenzung der Wahlkreise eingehalten werden.

Neu an den Bestimmungen sind der ausdrückliche Bezug auf die deutsche Bevölkerung, das Gebot einer den Bevölkerungszahlen entsprechenden Verteilung der Wahlkreise auf die Länder und die Erwähnung der Möglichkeit, auch aus anderen Gründen Änderungsvorschläge zu machen.

Die Vorschläge sind in Form eines Berichtes dem Bundesminister des Innern innerhalb von 1 1/2 Jahren nach dem ersten Zusammentritt des Bundestages zuleiten. Der Bericht für die 8. Wahlperiode ist demnach bis zum 14. Juni 1978 zu erstatten.

1.3 Beteiligung weiterer Institutionen

Der Bundesminister des Innern wurde gemäß § 3 der Geschäftsordnung der Wahlkreiskommission zu den Sitzungen eingeladen. Ein Vertreter war bei allen Sitzungen zugegen. Nach der gleichen Regelung hat jede Landesregierung Gelegenheit erhalten, für ihr Land gegenüber der Kommission zur Wahlkreiseinteilung Stellung zu nehmen. Die Landesverbände der im Bundestag vertretenen Parteien hatten gleichfalls Gelegenheit zur Stellungnahme. Eine Notwendigkeit, Sachverständige zu hören und Gutachten einzuholen, ergab sich nicht. Da die Vorbereitung und Durchführung einer Bundestagswahl eng mit der Tätigkeit der inneren Verwaltung verknüpft ist, hielt es die Kommission jedoch für zweckmäßig, bei ihrer Arbeit engen Kontakt mit den Landesregierungen und ihren für Wahlangelegenheiten zuständigen Beamten zu halten.

2 Ergebnis der Überprüfung der gegenwärtigen Wahlkreiseinteilung

2.1 Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung

Die gegenwärtige Einteilung des Wahlgebietes (ohne Berlin) in 248 Bundestagswahlkreise ergibt sich aus § 2 Abs. 2 BWG und der Anlage zum BWG in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. August 1976 (BGBl. I S. 2133, 2799).

Für die Überprüfung der Bevölkerungsentwicklung standen der Kommission Unterlagen des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landesämter über die auf der Grundlage der Ergebnisse der Volkszählung 1970 fortgeschriebenen Wohnbevölkerung (Deutsche und Ausländer mit Wohnung im Bundesgebiet) nach dem Stand am 1. Juli 1977 zur Verfügung. Da nur die deutsche Bevölkerung maßgebend ist, waren hiervon die Zahlen über die im Bundesgebiet wohnenden Ausländer abzuziehen. Diese Zahlen wurden nach dem Stand am 1. Juli 1977 vom Bundeswaltungsamt (Ausländerzentralregister) bereitgestellt. Sie lagen jedoch nur für kreisfreie Städte und Kreise vor. Für die Großstädte mit mehreren Wahlkreisen und in den Fällen, in denen die Wahlkreisgrenzen Kreisgrenzen durchschneiden, mußten daher die Ausländerzahlen und damit auch die Zahlen über die deutsche Bevölkerung am 1. Juli 1977 für Gemeinde- und Kreisteile geschätzt werden. Das Vorliegen neuerer Bevölkerungszahlen (z. B. nach dem Stand am 1. Januar 1978) konnte die Kommission wegen der gesetzlichen Frist für die Erstattung des Berichts nicht abwarten.

Zunächst wurde geprüft, ob die *Verteilung der 248 Wahlkreise auf die Länder* noch der derzeitigen Bevölkerungsverteilung entspricht. Aus den Zahlen für die deutsche Bevölkerung im Bundesgebiet (ohne Berlin) am 1. Juli 1977 ergäbe sich rein rechnerisch — wenn man die Dezimalstellen auf volle Zahlen auf- oder abrundet —, daß auf das Land Hamburg statt bisher 8 nur noch 7 und auf das Land Nordrhein-Westfalen statt 73 nur noch 71 Wahlkreise entfielen, andererseits auf das Land Niedersachsen statt bisher 30 nunmehr 31, auf das Land Hessen statt bisher 22 nunmehr 23, auf das Land Baden-Württemberg statt bisher 36 nunmehr 37 und auf das Land Bayern statt bisher 44 nunmehr 45 Wahlkreise. Unverändert bliebe die Zahl der Wahlkreise in Schleswig-Holstein (11), Bremen (3), Rheinland-Pfalz (16) und im Saarland (5). Über Einzelheiten der Berechnung unterrichtet Übersicht 1. Die gerundeten Zahlen führen wegen des unausgeglichene Endergebnisses (+4/−3 Wahlkreise) zu 249 Wahlkreisen, zu verteilen sind aber nur 248 Wahlkreise.

Auf die Veränderungen auf Grund der Bevölkerungsveränderungen, die damals jedoch noch nicht

so deutlich waren, wurde bereits im Bericht der Wahlkreiskommission für die 7. Wahlperiode des Deutschen Bundestages hingewiesen. Entsprechende Vorschläge der Kommission zur Neuverteilung der Wahlkreise auf die Länder wurden vom Deutschen Bundestag aber nicht berücksichtigt. Als Gründe dafür wurden die noch offene Frage der Neugliederung des Bundesgebietes, die noch nicht abgeschlossene Gebiets- und Verwaltungsreform in den Ländern sowie die in der Tendenz damals noch nicht genügend klare Bevölkerungsentwicklung angeführt. In der Aussprache des 7. Bundestages zur Wahlkreiseinteilung wurde ausdrücklich gefordert, über eine Umverteilung der Wahlkreise auf die Länder erst zur Wahl zum 9. Deutschen Bundestag endgültig zu entscheiden (s. Protokolle der 136. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 12. Dezember 1974, Seite 9407 und 162. Sitzung vom 10. April 1975, Seite 11336). Die im damaligen Bericht beschriebenen Veränderungstendenzen hinsichtlich der Verteilung der deutschen Bevölkerung auf die Länder haben sich inzwischen bestätigt. Am stärksten hat seit der Vorahme der gegenwärtigen Verteilung der Wahlkreise auf die Länder (1965) die deutsche Bevölkerung in Hamburg und in Nordrhein-Westfalen abgenommen, während in Niedersachsen, Baden-Württemberg und Bayern die deutlichsten Zunahmen zu verzeichnen sind.

Nach der Verteilung der Wahlkreise auf die Länder wurden die *Abweichungen des Standes der deutschen Bevölkerung in den Wahlkreisen vom Bundesdurchschnitt* (224 553 Einwohner) untersucht. Über die deutsche Bevölkerung in den gegenwärtigen Wahlkreisen und die Abweichungen dieser Zahlen vom Bundesdurchschnitt unterrichtet Anlage 1. Zusammengefaßte Ergebnisse enthält Übersicht 2, einen namentlichen Nachweis der gegenwärtigen Wahlkreise mit einer Abweichung der deutschen Bevölkerung vom Bundesdurchschnitt um 20 % und mehr nach oben oder unten die Übersicht 3. Nach dieser Aufstellung ergeben sich 30 Wahlkreise mit einer Abweichung der deutschen Bevölkerung vom Bundesdurchschnitt von 25 bis unter 33 1/3 % und sieben Wahlkreise mit einer Abweichung von 33 1/3 % und mehr. Die Wahlkreise mit einer Abweichung der Bevölkerungszahl um 33 1/3 % und mehr nach unten oder oben vom Bundesdurchschnitt sind:

12 Hamburg-Mitte	− 35,7 %
71 Solingen	− 33,9 %
97 Gelsenkirchen I	− 34,8 %
98 Gelsenkirchen II	− 35,7 %
194 Reutlingen	+ 34,8 %
202 Fürstenfeldbruck	+ 40,1 %
228 Erlangen	+ 34,2 %

Übersicht 1

**Unterlage für die Berechnung der Zahl der Wahlkreise auf Grund der Verteilung
der deutschen Bevölkerung am 1. Juli 1977 auf die Länder**

— (Fortgeschriebene Wohnbevölkerung ohne Ausländer
nach dem Ausländerzentralregister) —

Land	Deutsche Bevölkerung am 1. Juli 1977		Zahl der Wahlkreise				
	Anzahl	%	gegen- wärtig	nach der deutschen Bevölkerung am 1. Juli 1977			
				mit Dezimal- stellen **)	absolut	gerundet	
						mehr	weniger
						als bisher	
Schleswig-Holstein	2 513 016	4,5	11	11,191	11	—	—
Hamburg	1 568 399	2,8	8	6,985	7	—	1
Niedersachsen	6 978 338	12,5	30	31,077	31	1	—
Bremen	665 462	1,2	3	2,963	3	—	—
Nordrhein-Westfalen	15 841 201	28,4	73	70,545	71	—	2
Hessen	5 105 483	9,2	22	22,736	23	1	—
Rheinland-Pfalz	3 503 374	6,3	16	15,602	16	—	—
Baden-Württemberg	8 297 616	14,9	36	36,952	37	1	—
Bayern	10 171 870	18,3	44	45,298	45	1	—
Saarland	1 044 365	1,9	5	4,651	5	—	—
Bundesgebiet ohne Berlin ..	55 689 124*)	100	248	248,000	249	4	3

*) Durchschnittliche Zahl der deutschen Bevölkerung je Wahlkreis 224 553.

**) Deutsche Bevölkerung dividiert durch 224 553.

Übersicht 2

Die gegenwärtigen Wahlkreise in den Ländern nach der Abweichung ihrer deutschen Bevölkerung am 1. Juli 1977 vom Bundesdurchschnitt

Land	Wahlkreise mit einer Abweichung der deutschen Bevölkerung vom Bundesdurchschnitt in %															
	nach oben							nach unten								
	un- ter 5	5	10	15	20	25	33 1/3 und mehr	zu- sam- men	un- ter 5	5	10	15	20	25	33 1/3 und mehr	zu- sam- men
		bis unter								bis unter						
10	15	20	25	33 1/3	10	15	20	25	33 1/3							
Schleswig-Holstein	—	3	2	1	—	—	—	6	2	—	2	1	—	—	—	5
Hamburg	3	—	—	—	—	—	—	3	—	—	2	—	2	—	1	5
Niedersachsen	3	2	3	1	3	4	—	16	2	5	2	4	1	—	—	14
Bremen	1	—	1	—	—	—	—	2	—	—	—	1	—	—	—	1
Nordrhein-Westfalen	3	6	4	5	5	7	—	30	5	6	7	9	6	7	3	43
Hessen	3	2	2	1	2	2	—	12	4	—	3	2	1	—	—	10
Rheinland-Pfalz	2	—	—	2	2	—	—	6	2	2	3	1	1	1	—	10
Baden-Württemberg	4	3	6	2	4	2	1	22	1	4	—	4	3	2	—	14
Bayern	5	5	5	4	1	3	2	25	5	4	3	3	2	2	—	19
Saarland	—	—	—	—	—	—	—	—	1	4	—	—	—	—	—	5
Bundesgebiet ohne Berlin	24	21	23	16	17	18	3	122	22	25	22	25	16	12	4	126

Übersicht 2

Wahlkreise mit einer Abweichung der deutschen Bevölkerung vom Bundesdurchschnitt in ‰							
nach oben und unten							
un- ter 5	5	10	15	20	25	33 1/3 und mehr	ins- ge- samt
	bis unter						
	10	15	20	25	33 1/3		
2	3	4	2	—	—	—	11
3	—	2	—	2	—	1	8
5	7	5	5	4	4	—	30
1	—	1	1	—	—	—	3
8	12	11	14	11	14	3	73
7	2	5	3	3	2	—	22
4	2	3	3	3	1	—	16
5	7	6	6	7	4	1	36
10	9	8	7	3	5	2	44
1	4	—	—	—	—	—	5
46	46	45	41	33	30	7	248

Übersicht 3

**Die gegenwärtigen Wahlkreise in den Ländern mit einer Abweichung
der deutschen Bevölkerung am 1. Juli 1977 vom Bundesdurchschnitt
mit mehr als 20 Prozent**

Wahlkreise		Deutsche Bevölkerung ¹⁾ am 1. 7. 1977	
Nr.	Name	Anzahl	Abweichung vom Bundesdurchschnitt in % ²⁾
Hamburg			
12	Hamburg-Mitte	144 389	- 35,7
15	Hamburg-Nord I	171 542	- 23,6
19	Harburg	178 125	- 20,7
Niedersachsen			
39	Celle	295 276	+ 31,5
30	Soltau — Harburg	290 583	+ 29,4
35	Schaumburg	288 937	+ 28,7
38	Hannover III	280 678	+ 25,0
20	Emden-Leer	277 673	+ 23,7
33	Osnabrück	276 071	+ 22,9
21	Wilhelmshaven	273 274	+ 21,7
44	Salzgitter	177 688	- 20,9
Nordrhein-Westfalen			
98	Gelsenkirchen II	144 333	- 35,7
97	Gelsenkirchen I	146 362	- 34,8
71	Solingen	148 528	- 33,9
60	Köln II	152 537	- 32,1
59	Köln I	153 368	- 31,7
105	Detmold — Lippe	295 464	+ 31,6
96	Steinfurt-Coesfeld	290 907	+ 29,5
110	Wanne-Eickel — Wattenscheid	158 384	- 29,5
109	Lüdinghausen	289 770	+ 29,0
74	Düsseldorf I	160 099	- 28,7
77	Neuss-Grevenbroich I	288 578	+ 28,5
65	Oberbergischer Kreis — Rhein-Sieg-Kreis II	287 469	+ 28,0
57	Euskirchen — Erftkreis I	285 339	+ 27,1
111	Herne — Castrop-Rauxel	164 799	- 26,6
108	Minden	282 310	+ 25,7
75	Düsseldorf II	166 798	- 25,7
115	Dortmund II	167 805	- 25,3
81	Kempen-Krefeld	168 770	- 24,8
90	Duisburg I	169 072	- 24,7
101	Bottrop-Gladbeck	169 494	- 24,5
58	Erftkreis II	279 228	+ 24,3
66	Rheinisch-Bergischer Kreis	277 388	+ 23,5
113	Hagen	172 358	- 23,2
64	Rhein-Sieg-Kreis I	276 385	+ 23,1

Wahlkreise		Deutsche Bevölkerung ¹⁾ am 1. 7. 1977	
Nr.	Name	Anzahl	Abweichung vom Bundesdurchschnitt in % ²⁾
86	Mülheim	175 324	- 21,9
125	Siegen — Wittgenstein	273 162	+ 21,6
82	Moers	270 934	+ 20,7
69	Wuppertal I	179 149	- 20,2
Hessen			
135	Hochtaunus	289 150	+ 28,8
146	Dieburg	281 991	+ 25,6
139	Hanau	277 670	+ 23,7
142	Frankfurt (Main) III	176 184	- 21,5
134	Fulda	271 698	+ 21,0
Rheinland-Pfalz			
151	Cochem	168 049	- 25,2
158	Frankenthal	170 918	- 23,9
156	Mainz	277 048	+ 23,4
155	Montabaur	275 084	+ 22,5
Baden-Württemberg			
194	Reutlingen	302 678	+ 34,8
169	Leonberg — Vaihingen	297 891	+ 32,7
165	Stuttgart II	151 891	- 32,4
199	Ravensburg	288 877	+ 28,6
166	Stuttgart III	162 917	- 27,4
167	Ludwigsburg	279 496	+ 24,5
168	Heilbronn	278 896	+ 24,2
179	Mannheim I	171 922	- 23,4
173	Ulm	173 277	- 22,8
170	Nürtingen	274 613	+ 22,3
197	Balingen	272 294	+ 21,3
191	Emmendingen — Wolfach	179 163	- 20,2
Bayern			
202	Fürstenfeldbruck	314 519	+ 40,1
228	Erlangen	301 447	+ 34,2
210	Rosenheim	298 673	+ 33,0
209	München-Land	291 019	+ 29,6
243	Unterallgäu	287 559	+ 28,1
223	Bayreuth	162 779	- 27,5
226	Kulmbach	163 300	- 27,3
216	Rottal-Inn	169 548	- 24,5
213	Deggendorf	170 252	- 24,2
201	Freising	270 183	+ 20,3

¹⁾ Deutsche Bevölkerung ohne Ausländer nach dem Ausländerzentralregister.

²⁾ Bundesdurchschnitt = 224 553.

2.2 Auswirkungen der kommunalen Grenzänderungen

Im Zuge der kommunalen Gebietsreform haben sich zahlreiche Verwaltungsgrenzen geändert. Die Zahl der kreisangehörigen Gemeinden verminderte sich vom 31. Dezember 1969 bis 30. Juni 1973, dem Stichtag, von dem hinsichtlich des Gebietsstandes im vorangegangenen Bericht ausgegangen wurde, um 8 006 und die Zahl der kreisfreien Städte und Kreise um 157. Bis zum 1. Mai 1978, an dem die kommunale Gebietsreform auch in Bayern abgeschlossen wurde, verringerte sich die Zahl der kreisangehörigen Gemeinden um weitere 6 471 und die Zahl der kreisfreien Städte und Kreise um weitere 66. Seither gibt es im gesamten Wahlgebiet nur noch 8 426 kreisangehörige Gemeinden (einschl. 9 bewohnte gemeindefreie Gebiete), 91 kreisfreie Städte und 235 Kreise. Von diesem Gebietsstand geht auch der Bericht aus. Maßgebend für die Einwohnerzahlen ist dagegen der 1. Juli 1977.

Der Gesetzgeber hat diesen Reformen bisher im wesentlichen nur durch Anpassung der Wahlkreisgrenzen an die bis zum Februar 1975 wirksam gewordenen Änderungen der Gemeindegrenzen Rechnung getragen. Für Nordrhein-Westfalen ist selbst das nicht geschehen. Infolgedessen gibt es zahlreiche Wahlkreise, deren Grenzen Gemeinden und Kreise durchschneiden.

Nach den Unterlagen, die der Kommission zur Verfügung standen, durchschneiden nach dem Stand vom 1. Mai 1978 die Grenzen von 112 derzeitigen Wahlkreisen Gemeindegrenzen¹⁾ und zwar in

Nordrhein-Westfalen

57 Wahlkreise die Grenzen von 79 Gemeinden

Hessen

10 Wahlkreise die Grenzen von 7 Gemeinden

Rheinland-Pfalz

3 Wahlkreise die Grenzen von 2 Gemeinden

Baden-Württemberg

17 Wahlkreise die Grenzen von 16 Gemeinden

Bayern

25 Wahlkreise die Grenzen von 49 Gemeinden.

Ferner durchschneiden die Grenzen von 164 derzeitigen Wahlkreisen die Grenzen von 132 Kreisen.

Von diesen Wahlkreisen liegen

betroffene Kreise

4 in Schleswig-Holstein	2
25 in Niedersachsen	17
46 in Nordrhein-Westfalen	26
17 in Hessen	13
11 in Rheinland-Pfalz	7
30 in Baden-Württemberg	30
26 in Bayern	34
5 im Saarland	3.

Bedingt durch die kommunalen Grenzänderungen und die damit häufig verbundenen Namensänderungen von Gemeinden und Kreisen sind auch die Wahlkreisbeschreibungen und die Bezeichnungen der Wahlkreise in vielen Fällen nicht mehr auf dem neuesten Stand.

3 Grundsätze und Vorschläge der Kommission zur Änderung der Wahlkreiseinteilung

3.1 Grundsätze

Bei den Vorschlägen zur Änderung der bestehenden Wahlkreiseinteilung ließ sich die Kommission von folgenden Grundsätzen leiten:

3.1.1

Es mußte das Ziel sein, eine *Wahlkreiseinteilung* vorzulegen, die für *mehrere Wahlperioden* Bestand haben kann. Hierfür boten die praktisch abgeschlossene kommunale Gebietsreform und die inzwischen noch deutlicher zutage getretenen Bevölkerungs-

verschiebungen eine günstige Ausgangslage. Die Kommission war sich andererseits aber auch darüber im klaren, daß das angestrebte Ziel nur innerhalb der Grenzen erreichbar ist, welche durch die schwer abschätzbare künftige regionale Bevölkerungsentwicklung gezogen sind.

Die *Kontinuität der bisherigen Wahlkreiseinteilung* zu wahren, erschien ebenfalls wichtig. Wegen der Umverteilung der Zahl der Wahlkreise auf die Länder und wegen der Gebietsreformen konnte das Ziel, bestehende Wahlkreise möglichst zu erhalten, aber nur zum Teil erreicht werden.

3.1.2

Nach § 3 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 BWG sollen soweit wie möglich *jedem Land so viele Wahlkreise* zuge-

¹⁾ Ohne Gemeinden, die auf Grund ihrer Bevölkerungszahl mehrere Wahlkreise haben (z. B. Hamburg, Hannover, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Stuttgart, München).

teilt werden, wie seinem Bevölkerungsanteil entsprechen. Diese Vorschrift trägt dazu bei, daß die durchschnittliche Einwohnerzahl (deutsche Bevölkerung) der Wahlkreise in jedem Land ungefähr so groß wird wie die durchschnittliche Bevölkerungszahl aller Wahlkreise, vermeidet damit weitgehend „Überhangmandate“ und entspricht dem vom Bundesverfassungsgericht immer wieder hervorgehobenen Gleichheitsgrundsatz.

Nach sehr eingehender Erörterung des Sachverhalts kam die Kommission zu dem Ergebnis, daß eine Verteilung der Wahlkreise auf die Länder nach den strengen Regeln der Auf- und Abrundung der errechneten Dezimalstellen unbefriedigend wäre. Ein solches Verfahren würde ohne erkennbare Notwendigkeit nahezu zwangsläufig aller vier Jahre zu einer Neuverteilung der Wahlkreise auf die Länder führen, weil sich Dezimalstellen geringfügig geändert haben. Außerdem kann dieses Verfahren, wie Übersicht 1 (S. 5) zeigt, leicht zu einem unausgeglichenen Ergebnis führen: die Zahl der Anwartschaften auf zusätzliche Wahlkreise kann größer sein als die Zahl der abzugebenden Wahlkreise — wie im vorliegenden Fall — oder umgekehrt. Darum hält es die Kommission im Prinzip für angezeigt, erst dann eine Anpassung der Zahl der Wahlkreise in den Ländern an ihren Bevölkerungsanteil vorzuschlagen, wenn Anwartschaften auf einen oder mehrere ganze Wahlkreise entfallen oder entstehen.

Hiernach waren im vorliegenden Fall drei Wahlkreise neu zu verteilen (siehe Übersicht 1, Seite 5). Nach der Rangfolge der Anwartschaften erhalten Bayern und Niedersachsen je einen zusätzlichen Wahlkreis. Der dritte zusätzliche Wahlkreis entfällt auf Baden-Württemberg, das mit einer Anwartschaft von +0,952 nur ganz geringfügig unter eins liegt und schon seit langem eine stetige Zunahme seines Bevölkerungsanteils zu verzeichnen hat.

3.1.3

Nach § 3 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 BWG ist eine Neuabgrenzung der Wahlkreise zwingend, wenn ihre Einwohnerzahl um mehr als $33\frac{1}{3}$ vom Hundert vom Bundesdurchschnitt abweicht. Wie schon unter 2.1 dargelegt wurde, gibt es z. Z. sieben solcher Wahlkreise. In diesen Fällen muß eine Neuabgrenzung vorgenommen werden.

Darüber hinaus sollen Abweichungen zwischen 25 und $33\frac{1}{3}$ vom Hundert vermieden werden. Dieser „Sollvorschrift“ folgte die Kommission ausnahmslos.

3.1.4

Nach den Vorschriften in § 3 Abs. 2 Satz 3 Nr. 4 BWG sollen die Wahlkreise ein räumlich zusammenhängendes Ganzes bilden. Ferner sollen nach Nr. 5 die Grenzen der kreisangehörigen Gemeinden, kreisfreien Städte und Kreise nach Möglichkeit eingehalten werden.

Diese Vorgabe ist da nicht einzuhalten, wo Landesteile räumlich voneinander getrennt liegen, wie im Falle des Landes Bremen mit Bremen und Bremerhaven oder im Falle des Landes Baden-Württemberg

mit einer Gemeinde in Schweizer Gebiet. Im übrigen ging die Kommission bei ihren Vorschlägen im Hinblick auf die genannten Auflagen von folgenden Auffassungen aus:

- Exklaven von Kreisen sind dem Wahlkreis zuzuordnen, in dem der Hauptteil des Kreises liegt.
- Kreisangehörige Gemeinden dürfen durch die Wahlkreiseinteilung nicht durchschnitten werden.
- Die Wahlkreiseinteilung in den kreisfreien Städten mit mehreren Wahlkreisen ist an die innerstädtischen Verwaltungsgrenzen anzulehnen (Stadtbezirke, Stadtteile u. ä.).

3.1.5

Bei der Neueinteilung der Bundestagswahlkreise ist auch versucht worden, wo es möglich ist, eine Deckungsgleichheit der Bundestagswahlkreise mit den Landtagswahlkreisen ¹⁾ zu erreichen.

3.1.6

Die Bezeichnung der Wahlkreise wurde, sofern für einen Wahlkreis keine wesentliche Änderung erforderlich war, grundsätzlich beibehalten. In der Namensgebung wurden soweit möglich Überlängen vermieden, traditionelle Doppelnamen jedoch belassen. Sie ist zumeist an der größten Verwaltungseinheit oder an Landschaftsnamen orientiert.

3.2 Die Vorschläge im einzelnen

Nach Maßgabe der Grundsätze in 3.1.2 erhöht sich die Zahl der Wahlkreise, und zwar um je einen, in Niedersachsen (von 30 auf 31), Baden-Württemberg (von 36 auf 37) und in Bayern (von 44 auf 45), sie vermindert sich in Hamburg um einen (von 8 auf 7) und in Nordrhein-Westfalen um zwei (von 73 auf 71).

Übersicht 4

Verteilung der Wahlkreise auf die Länder

Land	Zahl der Wahlkreise			
	vorge-schlagen	gegenwärtig	mehr	weniger
	als bisher			
Schleswig-Holstein	11	11	—	—
Hamburg	7	8	—	1
Niedersachsen	31	30	1	—
Bremen	3	3	—	—
Nordrhein-Westfalen	71	73	—	2
Hessen	22	22	—	—
Rheinland-Pfalz	16	16	—	—
Baden-Württemberg	37	36	1	—
Bayern	45	44	1	—
Saarland	5	5	—	—
Bundesgebiet ohne Berlin	248	248	3	3

¹⁾ In Bayern Stimmkreise.

Durch die Umverteilung der Zahl der Wahlkreise auf die Länder ergaben sich folgende Änderungen in der Numerierung der Wahlkreise:

Schleswig-Holstein	Wahlkreisnummer	1— 11
Hamburg	Wahlkreisnummer	12— 18
Niedersachsen	Wahlkreisnummer	19— 49
Bremen	Wahlkreisnummer	50— 52
Nordrhein-Westfalen	Wahlkreisnummer	53—123
Hessen	Wahlkreisnummer	124—145
Rheinland-Pfalz	Wahlkreisnummer	146—161
Baden-Württemberg	Wahlkreisnummer	162—198
Bayern	Wahlkreisnummer	199—243
Saarland	Wahlkreisnummer	244—248.

Die Numerierung innerhalb der Länder wurde nach der bisherigen Übung vorgenommen.

Nummer, Name, Bevölkerungszahl und Beschreibung der vorgeschlagenen Wahlkreise enthalten die Anlagen 2 und 3. Darin sind auch solche Wahlkreise aufgeführt, die in ihrem Bestand unverändert geblieben sind oder bei denen nur geringfügige Anpassungen an die neuen kommunalen Grenzen vorgenommen werden mußten.

Die Übersicht 5 enthält einen zahlenmäßigen Nachweis des Umfangs der Änderungen.

Über die noch vorhandenen Kreisdurchschneidungen (ohne Großstädte mit mehreren Wahlkreisen) unterrichtet die Übersicht 6. Danach hat sich die Zahl der von Wahlkreisgrenzen durchschnittenen Kreisen nach den Vorschlägen der Kommission von 132 auf 48 vermindert.

Über die Abweichungen der deutschen Bevölkerung vom Bundesdurchschnitt in den neu vorgeschlagenen Wahlkreisen unterrichten die Übersichten 7 und 8.

Übersicht 5

Umfang der vorgeschlagenen Wahlkreisänderungen

Land	Wahlkreise					nach Neu- einteilung
	unverändert (einschl. Umsetzung unbewohnter Gebiete)	die einen Ab- bzw. Zugang oder einen Ab- und Zugang von			die voll- kommen neu ge- bildet wurden	
		weniger als 2 000	2 000 bis unter 50 000	50 000 und mehr		
		deutschen Einwohnern hatten				
Schleswig-Holstein	11	—	—	—	—	11
Hamburg	2	—	2	3	—	7
Niedersachsen	4	—	7	17	3	31
Bremen	1	—	2	—	—	3
Nordrhein-Westfalen . . .	3	4	16	47	1	71
Hessen	1	2	8	10	1	22
Rheinland-Pfalz	11	3	2	—	—	16
Baden-Württemberg	2	—	4	29	2	37
Bayern	9	18	6	11	1	45
Saarland	3	2	—	—	—	5
Bundesgebiet ohne Berlin	47	29	47	117	8	248

Übersicht 6

Durch Wahlkreisgrenzen geschnittene Kreise

Land	Kreise insgesamt am 1. Mai 1978	Zahl der durch Wahlkreisgrenzen geschnittenen Kreise		
		bei der		weniger als gegenwärtig
		vorge-schlagenen	gegen-wärtigen	
		Wahlkreisabgrenzung		
Schleswig-Holstein	11	2	2	—
Hamburg	—	—	—	—
Niedersachsen	37	5	17	12
Bremen	—	—	—	—
Nordrhein-Westfalen	31	12	26	14
Hessen	20	6	13	7
Rheinland-Pfalz	24	5	7	2
Baden-Württemberg	35	12	30	18
Bayern	71	3	34	31
Saarland	6	3	3	—
Bundesgebiet ohne Berlin	235	48	132	84

Übersicht 7

Die vorgeschlagenen Wahlkreise in den Ländern nach der Abweichung ihrer deutschen Bevölkerung am 1. Juli 1977 vom Bundesdurchschnitt

Land	Wahlkreise mit einer Abweichung der deutschen Bevölkerung vom Bundesdurchschnitt in %													
	nach oben							nach unten						
	un-ter 5	5	10	15	20	25	zu-sam-men	un-ter 5	5	10	15	20	25	zu-sam-men
		bis unter							bis unter					
	10	15	20	25	33 1/3		10	15	20	25	33 1/3			
Schleswig-Holstein	—	3	2	1	—	—	6	2	—	2	1	—	—	5
Hamburg	2	1	1	—	—	—	4	1	1	—	1	—	—	3
Niedersachsen	2	4	6	3	1	—	16	4	2	4	3	2	—	15
Bremen	1	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—	—	—	2
Nordrhein-Westfalen ..	4	9	9	7	5	—	34	7	7	6	12	5	—	37
Hessen	5	6	3	1	1	—	16	1	3	1	1	—	—	6
Rheinland-Pfalz	1	—	—	2	2	—	5	2	3	4	1	1	—	11
Baden-Württemberg	5	4	5	3	1	—	18	4	9	2	3	1	—	19
Bayern	4	7	7	5	1	—	24	5	5	5	4	2	—	21
Saarland	—	—	—	—	—	—	—	1	4	—	—	—	—	5
Bundesgebiet ohne Berlin	24	34	33	22	11	—	124	28	35	24	26	11	—	124

In der Reihenfolge der Länder wird im einzelnen zu den Vorschlägen folgendes bemerkt:

Schleswig-Holstein:

Es bleibt bei 11 Wahlkreisen.

Die Abweichungen der Einwohnerzahlen vom Bundesdurchschnitt liegen bei den derzeitigen Bundestagswahlkreisen in Schleswig-Holstein zwischen +17,1 % im Wahlkreis 1 (Flensburg-Schleswig) und -17,4 % im Wahlkreis 9 (Ostholstein). Von Wahlkreisgrenzen werden lediglich die Kreise Dithmarschen und Stormarn geschnitten.

Wahlkreisgrenzen berührende Gebietsveränderungen haben seit dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 24. Juni 1975 (BGBl. I S. 1593) nicht stattgefunden. Gebietsänderungen und Gemeindezusammenlegungen, die sich innerhalb der Bundestagswahlkreise vollzogen haben, sind berücksichtigt. Die Kommission hält die Beibehaltung der Wahlkreiseinteilung für wünschenswert und sachdienlich.

Die Landesregierung von Schleswig-Holstein erhebt gegen den Vorschlag, die derzeitige Wahlkreiseinteilung beizubehalten, keine Einwendungen.

Übersicht 7

Wahlkreise mit einer Abweichung der deutschen Bevölkerung vom Bundesdurchschnitt in %						
nach oben und unten						
un- ter 5	bis unter					ins- gesamt
	5	10	15	20	25	
	10	15	20	25	33 1/3	
2	3	4	2	—	—	11
3	2	1	1	—	—	7
6	6	10	6	3	—	31
2	1	—	—	—	—	3
11	16	15	19	10	—	71
6	9	4	2	1	—	22
3	3	4	3	3	—	16
9	13	7	6	2	—	37
9	12	12	9	3	—	45
1	4	—	—	—	—	5
52	69	57	48	22	—	248

Übersicht 8

Die vorgeschlagenen Wahlkreise in den Ländern mit einer Abweichung der deutschen Bevölkerung am 1. Juli 1977 vom Bundesdurchschnitt mit mehr als 20 Prozent

Nr.	Wahlkreise Name	Deutsche Bevölkerung ¹⁾ am 1. 7. 1977	
		An- zahl	Ab- wei- chung vom Bundes- durch- schnitt in % ²⁾
Niedersachsen			
35	Harburg	172 224	-23,3
31	Lüneburg — Lüchow	175 693	-21,8
43	Hildesheim	270 414	+20,4
Nordrhein-Westfalen			
105	Minden-Lübbecke	279 210	+24,3
97	Borken	277 932	+23,8
75	Düsseldorf II	172 266	-23,3
103	Bielefeld I	275 933	+22,9
113	Herne	173 317	-22,8
76	Düsseldorf III	173 854	-22,6
102	Gütersloh — Bielefeld II	273 562	+21,8
88	Mülheim	176 066	-21,6
121	Siegen	272 170	+21,2
95	Gelsenkirchen II — Recklinghausen III	177 396	-21,0
Hessen			
143	Odenwald	276 909	+23,3
Rheinland-Pfalz			
156	Frankenthal	170 918*)	-23,9
154	Mainz	277 048*)	+23,4
153	Montabaur	275 084*)	+22,5
Baden-Württemberg			
190	Schwarzwald-Baar	176 267	-21,5
179	Mannheim	269 893	+20,2
Bayern			
216	Rottal-Inn	169 419	-24,6
213	Deggendorf	170 376	-24,1
228	Erlangen	270 622	+20,5

*) Gegenüber Wahlkreisabgrenzung für die Bundestagswahl 1976 keine Umgliederung bewohnter Gebiete.

1) Deutsche Bevölkerung ohne Ausländer nach dem Ausländerzentralregister.

2) Bundesdurchschnitt = 224 553.

H a m b u r g :

Die Zahl der Wahlkreise vermindert sich von 8 auf 7.

Schon die Wahlkreiskommission für die 7. Wahlperiode hatte aufgrund der damaligen Bevölkerungsentwicklung diese Reduzierung vorgeschlagen. Seitdem hat der Trend der Bevölkerungsentwicklung angehalten.

Die Abweichungen der Einwohnerzahlen vom Bundesdurchschnitt liegen bei den derzeitigen Bundestagswahlkreisen in Hamburg zwischen +4,2 % im Wahlkreis 18 (Bergedorf) und -35,7 % im Wahlkreis 12 (Hamburg-Mitte). Von Wahlkreisgrenzen geschnitten werden die Bezirke Altona, Hamburg-Mitte, Hamburg-Nord und Wandsbek.

Die Beschränkung auf 7 Wahlkreise macht einen neuen Zuschnitt der Wahlkreise in der Freien und Hansestadt Hamburg notwendig. Der Zwang hierzu ergab sich aber ohnehin aus der Tatsache, daß der bisherige Wahlkreis 12 (Hamburg-Mitte) mehr als 33 1/3 % vom Bundesdurchschnitt abweicht. Der Vorschlag für die neue Wahlkreiseinteilung Hamburgs in 7 Wahlkreise bringt eine erhebliche Verringerung der Abweichung der deutschen Bevölkerung vom Bundesdurchschnitt. Die Abweichungen liegen danach zwischen +11,3 % im Wahlkreis 16 (Hamburg-Wandsbek) und -15,9 % im Wahlkreis 18 (Hamburg-Harburg). Zwei Wahlkreise decken sich voll mit den Bezirksgrenzen, bei zwei weiteren Wahlkreisen konnten Stadtbezirke voll in das Wahlkreisgebiet übernommen werden.

Der Vorschlag der Wahlkreiskommission entspricht den Vorstellungen des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg.

N i e d e r s a c h s e n :

Die Zahl der Wahlkreise erhöht sich von 30 auf 31.

Die Abweichungen der Einwohnerzahlen vom Bundesdurchschnitt liegen bei den derzeitigen Bundestagswahlkreisen in Niedersachsen zwischen +31,5 % im Wahlkreis 39 (Celle) und -20,9 % im Wahlkreis 44 (Salzgitter). Von Wahlkreisgrenzen geschnitten werden 17 der insgesamt 37 Kreise.

Das 8. Gesetz zur Verwaltungs- und Gebietsreform vom 28. Juni 1977 ist am 1. August 1977 in Kraft getreten und schließt die grundlegende Neugliederung der niedersächsischen Landkreise und kreisfreien Städte ab. Die Bezirksreform ist seit Februar 1978 wirksam. Die Zahl der niedersächsischen Landkreise hat sich von ursprünglich 60 — und nach den ersten Teilreformen von 48 — auf 37 Landkreise vermindert. Die Zahl der kreisfreien Städte ist durch die vom Gesetz vorgenommene Eingliederung von kreisfreien Städten in die Landkreise von 15 auf 9 reduziert worden. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, daß gegen die Gebietsneugliederung noch Klagen vor dem Niedersächsischen Staatsgerichtshof anhängig sind.

Die Erhöhung der Zahl der Wahlkreise im Lande Niedersachsen auf 31, die grundlegende niedersächsische Gebietsreform und die Tatsache, daß z. Z. mehrere Bundestagswahlkreise die Grenze der Abweichung vom Bundesdurchschnitt um mehr als 25 %

überschreiten, machten für Niedersachsen eine grundlegende Neugliederung der Bundestagswahlkreise mit dem Ziel der Anpassung an die neuen Verwaltungsgrenzen erforderlich. Die Kommission hatte zunächst eine Wahlkreiseinteilung in Aussicht genommen, die Abweichungen vom Durchschnitt der deutschen Bevölkerung in den Wahlkreisen von nur +15,5 % bis -16,5 % vorsah. Der Niedersächsische Minister des Innern hat in einer Stellungnahme darum gebeten, die Wahlkreisgrenzen selbst unter Inkaufnahme größerer Abweichungen vom Bundesdurchschnitt soweit als irgend möglich an die neuen Verwaltungsgrenzen anzupassen. Die Kommission ist dieser Anregung gefolgt, bis auf die Fälle, in denen die Anpassung an die neuen Gebietsgrenzen der Landkreise und kreisfreien Städte dazu geführt hätte, daß die deutsche Bevölkerung eines Wahlkreises um mehr als 25 % vom Bundesdurchschnitt abweicht (vgl. 3.1.3). Das aber wäre in einigen vom Niedersächsischen Innenminister vorgeschlagenen Wahlkreisen der Fall gewesen. In diesen wenigen Fällen hat die Kommission, um ein Überschreiten der 25 %-Grenze zu vermeiden, es in Kauf genommen, daß ausnahmsweise das Gebiet eines Landkreises geteilt und zwei Bundestagswahlkreisen zugeordnet wurde. Nach dem Vorschlag der Kommission durchschneiden lediglich vier von 31 Wahlkreisen ein Kreisgebiet. Im Gebietsstand unverändert blieben die vier Wahlkreise 24, 25, 45 und 49.

B r e m e n :

Es bleibt bei 3 Wahlkreisen.

Die Abweichung der Einwohnerzahlen vom Bundesdurchschnitt liegen bei den derzeitigen Bundestagswahlkreisen in Bremen zwischen +12,0 % im Wahlkreis 50 (Bremen-Ost) und -18,6 % im Wahlkreis 51 (Bremen-West). Die Bevölkerungsschere zwischen den beiden Wahlkreisen hat sich von Wahlperiode zu Wahlperiode weiter geöffnet. Von Wahlkreisgrenzen geschnitten werden die Stadtbezirke Mitte und Süd.

Die 7. Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Neuordnung der Stadtbremischen Verwaltungsbezirke vom 25. April 1977 (Brem.GBl. S. 219) hat eine Veränderung der Stadtteils- bzw. Ortsteilsgrenzen gebracht. Die genannte Änderungsverordnung, die Tatsache, daß die Wahlkreisgrenzen Stadtbezirks- und Stadtteilsgrenzen durchschneiden, und insbesondere die Tatsache, daß die Bevölkerungsentwicklung zwischen den beiden benachbarten Wahlkreisen zu einer zunehmenden Diskrepanz der deutschen Bevölkerungszahl führt, gaben Anlaß, die Wahlkreisgrenzen den Bremischen Stadtbezirksgrenzen voll anzupassen und insbesondere die Stadtteilsgrenzen einzuhalten. Die Anpassung an die Bremischen Stadtbezirksgrenzen hat außerdem den Vorteil, daß die Abweichung der deutschen Bevölkerung vom Bundesdurchschnitt in den 3 Bremischen Wahlkreisen so klein als möglich gehalten werden kann, nämlich zwischen +2,9 % im Wahlkreis 52 und -5,5 % im Wahlkreis 50.

Der Senat der Freien Hansestadt Bremen hält eine Anpassung an die Stadtbezirks- und Stadtteilsgrenzen nicht für erforderlich, weil die Stadt-

bezirksgrenzen im Lande Bremen keine besondere Bedeutung hätten. Ähnliches gelte für die Stadtteile trotz der im Jahre 1971 eingeführten Stadtteilbeiräte. Die Wahlkreiskommission hingegen hält, nicht zuletzt im Hinblick auf die sich immer weiter öffnende Schere der deutschen Bevölkerungszahl der Bremischen Wahlkreise, aber auch im Hinblick auf eine zweckmäßige volle Anpassung an Stadtteils- und Stadtbezirksgrenzen, die Neuordnung zwischen den Wahlkreisen 50 und 51 für sachdienlich. Die völlige Anpassung an die Stadtbezirksgrenzen bringt eine Angleichung der deutschen Bevölkerung der beiden benachbarten Wahlkreise; die Differenz der deutschen Bevölkerung der beiden Wahlkreise untereinander sinkt von z. Z. 68 781 (= 37,6 % Differenz) auf 9 951 (= 4,7 % Differenz).

Nordrhein-Westfalen:

Die Zahl der Wahlkreise vermindert sich von 73 auf 71.

Die Abweichungen der Einwohnerzahlen vom Bundesdurchschnitt liegen bei den derzeitigen Bundestagswahlkreisen in Nordrhein-Westfalen zwischen +31,6 % im Wahlkreis 105 (Detmold-Lippe) und —35,7 % im Wahlkreis 98 (Gelsenkirchen I).

Neben der Verminderung der Zahl der Wahlkreise ergibt sich die Notwendigkeit zur Wahlkreisneueinteilung in Nordrhein-Westfalen vor allem aus der in diesem Land inzwischen abgeschlossenen kommunalen Neugliederung. Aufgrund der dadurch eingetretenen umfassenden Gebietsänderungen deckt sich die Mehrzahl der gegenwärtigen Wahlkreise (57 von 73) nicht mehr mit den Grenzen der kommunalen Gebietskörperschaften. 26 der insgesamt 31 Kreise und 79 der insgesamt 373 Gemeinden werden durch Wahlkreisgrenzen geschnitten.

Eine Änderung der geltenden Wahlkreiseinteilung ist auch notwendig, weil drei Wahlkreise mehr als 33⅓ % von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlkreise abweichen. Weitere 14 Wahlkreise über- oder unterschreiten den Bundesdurchschnitt um mehr als 25 %. Aus allen diesen Gründen sind nach Auffassung der Kommission umfassende Veränderungen gegenüber der überkommenen Wahlkreiseinteilung in Nordrhein-Westfalen unausweichlich. Insgesamt sind die Veränderungen so umfangreich, daß zumindest hinsichtlich großer Teile des Landes von einer grundlegenden Neueinteilung gesprochen werden kann. Unverändert blieben lediglich die Wahlkreise 68 (bisher 63), 70 und 87 (bisher 85).

Nach den Vorschlägen der Kommission werden die Grenzen kreisangehöriger Gemeinden in keinem Falle durchschnitten. Auch die Grenzen der kreisfreien Städte und Kreise sind, soweit möglich, eingehalten. Im Hinblick auf die vorgegebene durchschnittliche Bevölkerungszahl je Wahlkreis lassen sich jedoch in einer Reihe von Fällen grenzüberschreitende Lösungen nicht vermeiden. Es bestehen:

— aus einem Kreis *und* Teilen eines angrenzenden Kreises die Wahlkreise 58 Euskirchen — Erftkreis II, 98 Coesfeld — Steinfurt I, 107 Höxter-Lippe II und 122 Märkischer Kreis I — Olpe,

— aus einer kreisfreien Stadt oder Teilen einer solchen Stadt *und* kreisangehörigen Gemeinden eines angrenzenden Kreises die Wahlkreise 63 Leverkusen — Rheinisch-Bergischer Kreis I, 95 Gelsenkirchen II — Recklinghausen III, 96 Bottrop — Recklinghausen IV, 102 Gütersloh — Bielefeld II, 111 Bochum I — Ennepe-Ruhr-Kreis II und 118 Hamm — Unna II,

— aus zwei kreisfreien Städten der Wahlkreise 71 Solingen — Remscheid.

Alle anderen Wahlkreise überschreiten nicht die Grenzen von Kreisen oder kreisfreien Städten. Einige von ihnen umfassen jedoch wegen der einzuhaltenden Bevölkerungszahlen nur Teile eines Kreises oder einer kreisfreien Stadt.

Der Wahlkreiseinteilung innerhalb der kreisfreien Städte sind grundsätzlich die nach § 13 der Gemeindeordnung NW gebildeten Stadtbezirke zugrundegelegt worden. Die sich hieraus in einigen Fällen ergebenden nicht unerheblichen Unterschiede in der Bevölkerungszahl der Wahlkreise einer Stadt hat die Wahlkreiskommission in Kauf genommen, weil die Stadtbezirke aufgrund der ihnen zugewiesenen Aufgaben eine gewisse Eigenständigkeit aufweisen und der Verlauf ihrer Grenzen in den Hauptsatzungen festgelegt ist. Nur im Fall von zwei Bundestagswahlkreisen in Düsseldorf schlägt sie vor, anstelle der Stadtbezirksgrenzen auf Stadtteilsgrenzen zurückzugreifen, weil auf andere Weise die Toleranz von ± 25 % der durchschnittlichen Bevölkerungszahl eines Wahlkreises nicht eingehalten werden kann.

Besonders eingehend hat sich die Kommission mit der Wahlkreiseinteilung im Raume Bielefeld befaßt. Die Stadt läßt sich nur unter Inkaufnahme einer Abweichung der Einwohnerzahl von +28,7 % vom Bundesdurchschnitt in einem Wahlkreis zusammenfassen. Die Kommission hat sich deshalb (im Hinblick auf 3.1.3) mit Mehrheit dafür entschieden, den Stadtbezirk Dornberg aus der kreisfreien Stadt Bielefeld dem Nachbarwahlkreis Gütersloh zuzuordnen.

Besonders geprüft wurde auch die Wahlkreiseinteilung im Rhein-Sieg-Kreis. In diesem Fall stand zur Diskussion, ob der linksrheinische Teil dieses Kreises mit den rechtsrheinischen Gemeinden Niederkassel, Troisdorf und Siegburg (Lösung a) oder mit den rechtsrheinischen Gemeinden St. Augustin, Königswinter und Bad Honnef (Lösung b) einen Wahlkreis bilden soll. Bei der Lösung b hätte dieser Wahlkreis infolge eines bis an die Stadt Bonn heranreichenden Gebietsstreifens des Landes Rheinland-Pfalz kein zusammenhängendes Gebiet umfaßt. Die Kommission hat daher der Lösung a den Vorzug gegeben.

Hessen:

Es bleibt bei 22 Wahlkreisen.

Die Abweichungen der Einwohnerzahlen vom Bundesdurchschnitt liegen bei den derzeitigen Bundestagswahlkreisen in Hessen zwischen +28,8 % im Wahlkreis 135 (Hochtaunus) und —21,5 % im Wahlkreis 142 (Frankfurt [Main] III).

Eine Änderung der geltenden Wahlkreiseinteilung ist vor allem als Folge der inzwischen abgeschlossenen kommunalen Neugliederung notwendig geworden. Die Neugliederung hat dazu geführt, daß 13 der insgesamt 20 hessischen Landkreise von Wahlkreisgrenzen durchschnitten werden. Das gleiche gilt für zwei kreisfreie Städte, die für sich allein oder mit angrenzenden Gemeinden einen Wahlkreis bilden könnten, sowie 7 kreisangehörige Gemeinden.

Insbesondere in Nord- und Osthessen weicht die Einteilung der Landkreise nach der Gebietsreform so stark von der überkommenen Wahlkreiseinteilung ab, daß eine grundlegende Neueinteilung der Bundestagswahlkreise nach Auffassung der Kommission unausweichlich ist.

Nach den Vorschlägen der Kommission werden nur noch 6 Landkreise von Wahlkreisgrenzen durchschnitten. Diese verbleibenden Durchschnitte lassen sich im Hinblick auf die vorgegebene durchschnittliche Bevölkerungszahl je Wahlkreis nicht vermeiden.

Rheinland-Pfalz:

Es bleibt bei 16 Wahlkreisen.

Die Abweichungen der Einwohnerzahlen der gegenwärtigen Wahlkreise vom Bundesdurchschnitt liegen zwischen +23,4 % im Wahlkreis 156 (Mainz) und -25,2 % im Wahlkreis 151 (Cochem). Von Wahlkreisgrenzen geschnitten werden 7 der insgesamt 24 Kreise.

Neben der Beseitigung zwischenzeitlich eingetretener Gemeindedurchschnitten aufgrund kommunaler Grenzänderungen schlägt die Wahlkreis-Kommission vor, die z. Z. dem Wahlkreis 150 Koblenz angehörenden Verbandsgemeinden Emmelshausen und Sankt Goar-Oberwesel sowie die verbandsfreie Gemeinde Boppard des Rhein-Hunsrück-Kreises dem Wahlkreis 151 Cochem zuzuordnen. Hierdurch wird die Durchschneidung des Rhein-Hunsrück-Kreises durch Wahlkreisgrenzen beseitigt und die Abweichung der Einwohnerzahl vom Bundesdurchschnitt beim Wahlkreis 151 (neu 149) von minus 25,2 %, die die Toleranzgrenze von ± 25 % überschreitet, auf minus 8,3 % vermindert. Beim Wahlkreis 150 (neu 148) verändert sie sich von plus 3,2 % auf minus 13,7 %.

Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz stimmt der Beseitigung der Gemeindedurchschnitten durch Wahlkreisgrenzen zu, vertritt aber den Standpunkt, daß die bisherige Abgrenzung der Wahlkreise 150 und 151 beibehalten werden sollte, weil eine Änderung bei einer Überschreitung der Soll-Toleranzschwelle um 0,2 Prozentpunkte angesichts des Grundsatzes möglicher Kontinuität der Wahlkreiseinteilung nicht vertretbar sei.

Baden-Württemberg:

Die Zahl der Wahlkreise erhöht sich von 36 auf 37.

Die Abweichungen der Einwohnerzahlen vom Bundesdurchschnitt liegen bei den derzeitigen Bundes-

tagswahlkreisen in Baden-Württemberg zwischen +34,8 % im Wahlkreis 194 (Reutlingen) und -32,4 % im Wahlkreis 165 (Stuttgart II). Von Wahlkreisgrenzen geschnitten werden 30 der insgesamt 35 Kreise.

In der von 1971 bis 1976 in Baden-Württemberg durchgeführten Gemeinde- und Kreisreform wurde die verwaltungsmäßige Einteilung des Landes grundlegend geändert. Die 70 Landtagswahlkreise wurden bereits entsprechend neu eingeteilt. Die Bundestagswahlkreise waren daher zugleich mit der Schaffung eines zusätzlichen Wahlkreises und der Beseitigung der Abweichungen gegenwärtiger Wahlkreise um mehr als 25 % vom Bundesdurchschnitt

- 194 Reutlingen (+34,8 %)
- 169 Leonberg-Vaihingen (+32,7 %)
- 165 Stuttgart II (-32,4 %)
- 199 Ravensburg (+28,6 %)
- 166 Stuttgart III (-27,4 %)

an die neuen Grenzen der Gemeinden, Landkreise und, soweit möglich, der Landtagswahlkreise anzupassen. Wegen der umfassenden Änderungen der Verwaltungsgrenzen mußten die Wahlkreise dabei weitgehend neu eingeteilt werden; nur bei den Wahlkreisen 167 (bisher 172) Göppingen und 175 (bisher 178) Karlsruhe bleibt die Abgrenzung unverändert.

Die Kommission hat sowohl die jetzigen Grenzen der Stadt- und Landkreise als auch die Neueinteilung der Landtagswahlkreise soweit irgend möglich, die Grenzen der kreisangehörigen Gemeinden, der Verwaltungsgemeinschaften von Gemeinden und der Regierungsbezirke dagegen stets berücksichtigt. Von den vorgeschlagenen 37 Wahlkreisen bestehen 13 aus vollständigen Stadt- und Landkreisen, 8 Wahlkreise wurden aus den Stadtbezirken oder Gemeinden jeweils nur eines (für einen Wahlkreis zu großen) Stadt- oder Landkreises gebildet, während die restlichen 16 Wahlkreise in der Regel aus einem (für einen Wahlkreis zu kleinen) Stadt- oder Landkreis und Teilen eines anderen Landkreises bestehen. Von Wahlkreisgrenzen geschnitten werden 12 der insgesamt 35 Landkreise. Von den 70 Landtagswahlkreisen sind 53 vollständig in 26 der vorgeschlagenen Bundestagswahlkreise enthalten, so daß jeweils zwei — in Mannheim drei — einen Bundestagswahlkreis bilden.

Die Landesregierung hält diese Vorschläge zur Neueinteilung Baden-Württembergs in 37 Wahlkreise für sachgerecht. Lediglich für die vorgesehenen Wahlkreise 176 bis 183 (Nordbaden) hat die Landesregierung die Kommission gebeten, die bisherigen Wahlkreise dieses Gebietes, besonders die beiden Wahlkreise in Mannheim zu erhalten. Außerdem wurde angeregt, den künftigen Wahlkreis 170 nicht Bietigheim-Bissingen, sondern Neckar-Zaberlein zu benennen.

Die Wahlkreis-Kommission gibt mehrheitlich der Deckungsgleichheit der Grenzen des Stadtkreises Mannheim sowie der Landkreise Rastatt und Enzkreis mit den Grenzen der dort neueinzuteilenden Wahlkreise den Vorzug. Außerdem hält sie den

Doppelnamen Bietigheim-Bissingen besser als eine aus drei verschiedenen Flußnamen gebildete Wahlkreisbezeichnung.

Bayern:

Die Zahl der Wahlkreise erhöht sich von 44 auf 45.

Die Abweichungen der Einwohnerzahlen vom Bundesdurchschnitt liegen bei den derzeitigen Bundestagswahlkreisen in Bayern zwischen +40,1 % im Wahlkreis 202 (Fürstenfeldbruck) und -27,5 % im Wahlkreis 223 (Bayreuth). Von Wahlkreisgrenzen geschnitten werden 34 der insgesamt 71 Kreise.

Abweichungen über 25 % ergeben sich bei den Wahlkreisen

- 202 Fürstenfeldbruck (+40,1 %)
- 228 Erlangen (+34,2 %)
- 210 Rosenheim (+33,0 %)
- 209 München-Land (+29,6 %)
- 243 Unterallgäu (+28,1 %)
- 223 Bayreuth (-27,5 %)
- 226 Kulmbach (-27,3 %).

Während sich die Abweichungen nach oben auf die Regierungsbezirke Oberbayern, Mittelfranken und Schwaben verteilen, konzentrieren sich die Abweichungen nach unten ausschließlich auf den Regierungsbezirk Oberfranken. In diesen vier der insgesamt sieben bayerischen Regierungsbezirken ist mithin eine gänzliche oder teilweise Neueinteilung und Neubeschreibung der Bundestagswahlkreise erforderlich geworden.

Der zusätzliche 45. Wahlkreis entfällt nach dem Bevölkerungsproporz auf den Regierungsbezirk Oberbayern, der damit 14 Wahlkreise aufweist. Dies und der Umstand, daß drei der bisherigen Wahlkreise in Oberbayern über der 25 %-Grenze liegen, machten hier eine völlige Neueinteilung notwendig (ausgenommen das Gebiet der Landeshauptstadt München, Wahlkreise Ingolstadt und Traunstein). Wegen den starken Minusabweichungen der Bevölkerungszahlen in den derzeitigen oberfränkischen Wahlkreisen Bayreuth und Kulmbach hat die Kommission auch in diesem Regierungsbezirk vier der insgesamt fünf Wahlkreise neu eingeteilt und hierdurch nicht nur eine völlige Übereinstimmung mit den Stimmkreisen für die Landtagswahl erzielt, sondern auch Wahlkreise geschaffen, die auf längere Zeit unverändert bestehen können. Damit ist

es auch gelungen, einer alten Forderung der Bayerischen Staatsregierung zu entsprechen (vgl. Seite 27 des Berichts der Wahlkreiskommission für die 7. Wahlperiode des Deutschen Bundestags).

Die von der Kommission vorgeschlagenen Wahlkreise decken sich, von drei Ausnahmen abgesehen, mit den Kreisgrenzen.

Die Grenzen der Stimmkreise für die Landtagswahlen sind bei der Bildung von Wahlkreisen 25mal eingehalten; 20 Wahlkreise sind mit Stimmkreisen nicht deckungsgleich. 29 der vorgeschlagenen Wahlkreise sind — von kleinen Änderungen im Rahmen der Gemeindegebietsreform abgesehen — gegenüber den bisherigen Wahlkreisen unverändert geblieben. Die Bayerische Staatsregierung hat den Vorschlag der Wahlkreiskommission zur Kenntnis genommen mit der Maßgabe, daß keine Änderungen vorgenommen werden, die nicht gesetzlich zwingend vorgeschrieben sind. Damit soll zum Ausdruck gebracht werden, daß sie Änderungen von Wahlkreisen bei einer Abweichung der Bevölkerung zwischen 25 % bis unter 33¹/₃ % vom Bundesdurchschnitt nicht für zwingend hält, was insbesondere für den Regierungsbezirk Oberfranken zutreffen dürfte. Die Kommission hat diesen Einwand eingehend geprüft und ist insbesondere unter Berücksichtigung ihrer in 3.1.3 niedergelegten Auffassung, die durchgängig für das gesamte Bundesgebiet eingehalten wurde, auch im Falle der Wahlkreise 222 bis 226 zu der vorgeschlagenen Regelung gekommen.

Saarland:

Es bleibt bei 5 Wahlkreisen.

Die Abweichungen der Einwohnerzahlen vom Bundesdurchschnitt betragen nach der gegenwärtigen Wahlkreiseinteilung im Saarland zwischen -9,6 % im Wahlkreis 244 (Saarbrücken I) und -3,5 % im Wahlkreis 248 (Homburg). Von Kreisgrenzen durchschnitten werden 2 der insgesamt 5 Kreise.

Die Wahlkreiskommission hält eine Änderung der Wahlkreise im Saarland nicht für erforderlich. Die am 1. Januar 1974 in Kraft getretene Neugliederung der Gemeinden und Landkreise des Saarlandes wurde bereits in der Wahlkreiseinteilung für die Wahl zum 8. Deutschen Bundestag berücksichtigt.

Die Saarländische Landesregierung hat gegen den Vorschlag der Wahlkreiskommission keine Einwendungen erhoben.

München, den 17. Mai 1978

Die Wahlkreiskommission

Dr. Hildegard Bartels

Peter Beckmann

Dr. Kurt Geiger

Dr. Walter Gensior

Franz Niedermaier

Dr. Günther Scheingraber

Rolf Wandhoff

3 Anlagen

Anlage 1

**Die gegenwärtigen Wahlkreise mit ihrer deutschen Bevölkerung
am 1. Juli 1977**

Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 1. Juli 1977 ¹⁾		Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 1. Juli 1977 ¹⁾	
Nr.	Name	Anzahl	Abweichung vom Bundesdurchschnitt in % ²⁾	Nr.	Name	Anzahl	Abweichung vom Bundesdurchschnitt in % ²⁾
Schleswig-Holstein							
1	Flensburg — Schleswig	262 994	+ 17,1	22	Oldenburg	268 221	+ 19,4
2	Nordfriesland — Dithmarschen-Nord	218 761	- 2,6	23	Delmenhorst — Wesermarsch	210 885	- 6,1
3	Steinburg — Dithmarschen-Süd	196 877	- 12,3	24	Cuxhaven	187 572	- 16,5
4	Rendsburg — Eckernförde	236 201	+ 5,2	25	Stade	228 545	+ 1,8
5	Kiel	245 700	+ 9,4	26	Emsland	209 702	- 6,6
6	Plön — Neumünster	193 567	- 13,8	27	Cloppenburg	232 700	+ 3,6
7	Pinneberg	243 740	+ 8,5	28	Hoya	189 819	- 15,5
8	Segeberg — Stormarn-Nord	257 624	+ 14,7	29	Verden	254 539	+ 13,4
9	Ostholstein	185 508	- 17,4	30	Soltau — Harburg	290 583	+ 29,4
10	Herzogtum Lauen- burg — Stormarn-Süd	255 905	+ 14,0	31	Lüneburg — Lüchow- Dannenberg	217 497	- 3,1
11	Lübeck	216 139	- 3,7	32	Lingen	211 437	- 5,8
1 bis 11	Zusammen	2 513 016	X	33	Osnabrück	276 071	+ 22,9
Hamburg				34	Nienburg	239 915	+ 6,8
12	Hamburg-Mitte	144 389	- 35,7	35	Schaumburg	288 937	+ 28,7
13	Altona	197 185	- 12,2	36	Hannover I	216 378	- 3,6
14	Eimsbüttel	224 753	+ 0,1	37	Hannover II	196 296	- 12,6
15	Hamburg-Nord I	171 542	- 23,6	38	Hannover III	280 678	+ 25,0
16	Hamburg-Nord II	191 249	- 14,8	39	Celle	295 276	+ 31,5
17	Wandsbek	227 270	+ 1,2	40	Gifhorn	246 617	+ 9,8
18	Bergedorf	233 886	+ 4,2	41	Hameln — Springe	184 546	- 17,8
19	Harburg	178 125	- 20,7	42	Holzminden	203 741	- 9,3
12 bis 19	Zusammen	1 568 399	X	43	Hildesheim	192 095	- 14,5
Niedersachsen				44	Salzgitter	177 688	- 20,9
20	Emden — Leer	277 673	+ 23,7	45	Braunschweig	253 535	+ 12,9
21	Wilhelmshaven	273 274	+ 21,7	46	Helmstedt — Wolfsburg	235 310	+ 4,8
				47	Goslar — Wolfenbüttel	182 021	- 18,9
				48	Northeim	209 814	- 6,6
				49	Göttingen	246 973	+ 10,0
				20 bis 49	Zusammen	6 978 338	X

¹⁾ Deutsche Bevölkerung ohne Ausländer nach dem Ausländerzentralregister. Für die Wahlkreise, zu denen Gemeinde- oder Kreisteile gehören, sind die Zahlen für die nicht einbezogenen Ausländer anteilig aufgeschlüsselt worden.

²⁾ Bundesdurchschnitt = 224 553.

noch Anlage 1

Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 1. Juli 1977 ¹⁾		Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 1. Juli 1977 ¹⁾	
Nr.	Name	Anzahl	Abweichung vom Bundesdurchschnitt in % ²⁾	Nr.	Name	Anzahl	Abweichung vom Bundesdurchschnitt in % ²⁾
Bremen				78	Rheydt — Grevenbroich II	181 587	-19,1
50	Bremen-Ost	251 552	+12,0	79	Mönchengladbach	214 638	-4,4
51	Bremen-West	182 771	-18,6	80	Krefeld	190 528	-15,2
52	Bremerhaven — Bremen-Nord	231 139	+2,9	81	Kempen-Krefeld	168 770	-24,8
50 bis 52	Zusammen	665 462	X	82	Moers	270 934	+20,7
Nordrhein-Westfalen				83	Kleve	247 476	+10,2
53	Aachen-Stadt	221 421	-1,4	84	Dinslaken	254 067	+13,1
54	Aachen-Land	269 053	+19,8	85	Oberhausen	217 125	-3,3
55	Heinsberg	208 605	-7,1	86	Mülheim	175 324	-21,9
56	Düren	257 871	+14,8	87	Essen I	198 604	-11,6
57	Euskirchen — Erftkreis I	285 339	+27,1	88	Essen II	203 740	-9,3
58	Erftkreis II	279 228	+24,3	89	Essen III	214 590	-4,4
59	Köln I	153 368	-31,7	90	Duisburg I	169 072	-24,7
60	Köln II	152 537	-32,1	91	Duisburg II	190 933	-15,0
61	Köln III	199 812	-11,0	92	Ahaus — Bocholt	264 255	+17,7
62	Köln IV	193 929	-13,6	93	Tecklenburg	237 280	+5,7
63	Bonn	265 043	+18,0	94	Beckum — Warendorf	236 966	+5,5
64	Rhein-Sieg-Kreis I	276 385	+23,1	95	Münster	230 126	+2,5
65	Oberbergischer Kreis — Rhein-Sieg-Kreis II	287 469	+28,0	96	Steinfurt — Coesfeld	290 907	+29,5
66	Rheinisch-Bergischer Kreis	277 388	+23,5	97	Gelsenkirchen I	146 362	-34,8
67	Leverkusen — Opladen	264 878	+18,0	98	Gelsenkirchen II	144 333	-35,7
68	Remscheid	181 559	-19,1	99	Recklinghausen-Land	251 194	+11,9
69	Wuppertal I	179 149	-20,2	100	Recklinghausen-Stadt	217 701	-3,1
70	Wuppertal II	179 847	-19,9	101	Bottrop — Gladbeck	169 494	-24,5
71	Solingen	148 528	-33,9	102	Höxter	200 707	-10,6
72	Düsseldorf-Mettmann I	197 384	-12,1	103	Bielefeld I	235 702	+5,0
73	Düsseldorf-Mettmann II	201 499	-10,3	104	Bielefeld II	207 896	-7,4
74	Düsseldorf I	160 099	-28,7	105	Detmold — Lippe	295 464	+31,6
75	Düsseldorf II	166 798	-25,7	106	Poderbarn — Wiedenbrück	240 596	+7,1
76	Düsseldorf III	190 494	-15,2	107	Herford	231 708	+3,2
77	Neuss — Grevenbroich I	288 578	+28,5	108	Minden	282 310	+25,7
				109	Lüdinghausen	289 770	+29,0
				110	Wanne-Eickel — Wattenscheid	158 384	-29,5
				111	Herne — Castrop-Rauxel	164 799	-26,6

¹⁾ Deutsche Bevölkerung ohne Ausländer nach dem Ausländerzentralregister. Für die Wahlkreise, zu denen Gemeinde- oder Kreisteile gehören, sind die Zahlen für die nicht einbezogenen Ausländer anteilig aufgeschlüsselt worden.

²⁾ Bundesdurchschnitt = 224 553.

noch Anlage 1

Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 1. Juli 1977 ¹⁾	
Nr.	Name	Anzahl	Abweichung vom Bundesdurchschnitt in % ²⁾
112	Ennepe-Ruhr-Kreis	244 817	+ 9,0
113	Hagen	172 358	- 23,2
114	Dortmund I	211 631	- 5,8
115	Dortmund II	167 805	- 25,3
116	Dortmund III	189 295	- 15,7
117	Bochum	196 309	- 12,6
118	Bochum — Witten	202 981	- 9,6
119	Iserlohn	242 737	+ 8,1
120	Lippstadt — Brilon	180 333	- 19,7
121	Olpe — Meschede	183 149	- 18,4
122	Arnsberg — Soest	259 532	+ 15,6
123	Unna	226 677	+ 0,9
124	Lüdenscheid	210 812	- 6,1
125	Siegen — Wittgenstein	273 162	+ 21,6
53 bis 125	Zusammen	15 841 201	X
Hessen			
126	Waldeck	189 417	- 15,6
127	Kassel	223 109	- 0,6
128	Werra — Meißner	197 466	- 12,1
129	Fritzlar	186 067	- 17,1
130	Hersfeld	201 884	- 10,1
131	Marburg	224 217	- 0,1
132	Wetzlar	252 578	+ 12,5
133	Gießen	246 487	+ 9,8
134	Fulda	271 698	+ 21,0
135	Hochtaunus	289 150	+ 28,8
136	Wetterau	235 451	+ 4,9
137	Limburg	231 862	+ 3,3
138	Wiesbaden	222 824	- 0,8
139	Hanau	277 670	+ 23,7
140	Frankfurt (Main) I — Main-Taunus	215 094	- 4,2
141	Frankfurt (Main) II	199 287	- 11,3
142	Frankfurt (Main) III	176 184	- 21,5

Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 1. Juli 1977 ¹⁾	
Nr.	Name	Anzahl	Abweichung vom Bundesdurchschnitt in % ²⁾
143	Groß-Gerau	263 800	+ 17,5
144	Offenbach	248 368	+ 10,6
145	Darmstadt	245 903	+ 9,5
146	Dieburg	281 991	+ 25,6
147	Bergstraße	224 976	+ 0,2
126 bis 147	Zusammen	5 105 483	X
Rheinland-Pfalz			
148	Neuwied	264 258	+ 17,7
149	Ahrweiler	207 818	- 7,5
150	Koblenz	231 721	+ 3,2
151	Cochem	168 049	- 25,2
152	Kreuznach	228 862	+ 1,9
153	Bitburg	194 286	- 13,5
154	Trier	216 632	- 3,5
155	Montabaur	275 084	+ 22,5
156	Mainz	277 048	+ 23,4
157	Worms	202 480	- 9,8
158	Frankenthal	170 918	- 23,9
159	Ludwigshafen	195 725	- 12,8
160	Neustadt — Speyer	201 800	- 10,1
161	Kaiserslautern	261 964	+ 16,7
162	Pirmasens	183 207	- 18,4
163	Landau	223 522	- 0,5
148 bis 163	Zusammen	3 503 374	X
Baden-Württemberg			
164	Stuttgart I	180 342	- 19,7
165	Stuttgart II	151 891	- 32,4
166	Stuttgart III	162 917	- 27,4
167	Ludwigsburg	279 496	+ 24,5
168	Heilbronn	278 896	+ 24,2
169	Leonberg — Vaihingen	297 891	+ 32,7

¹⁾ Deutsche Bevölkerung ohne Ausländer nach dem Ausländerzentralregister. Für die Wahlkreise, zu denen Gemeinde- oder Kreisteile gehören, sind die Zahlen für die nicht einbezogenen Ausländer anteilig aufgeschlüsselt worden.

²⁾ Bundesdurchschnitt = 224 553.

noch Anlage 1

Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 1. Juli 1977 ¹⁾		Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 1. Juli 1977 ¹⁾	
Nr.	Name	Anzahl	Abweichung vom Bundesdurchschnitt in % ²⁾	Nr.	Name	Anzahl	Abweichung vom Bundesdurchschnitt in % ²⁾
170	Nürtingen	274 613	+ 22,3	Bayern			
171	Esslingen	208 941	— 7,0	200	Altötting	257 469	+ 14,7
172	Göppingen	203 853	— 9,2	201	Freising	270 183	+ 20,3
173	Ulm	173 277	— 22,8	202	Fürstenfeldbruck	314 519	+ 40,1
174	Aalen — Heidenheim	264 046	+ 17,6	203	Ingolstadt	239 383	+ 6,6
175	Schwäbisch Gmünd — Backnang	265 852	+ 18,4	204	München-Mitte	181 760	— 19,1
176	Crailsheim	179 904	— 19,9	205	München-Nord	240 340	+ 7,0
177	Waiblingen	230 522	+ 2,7	206	München-Ost	232 403	+ 3,5
178	Karlsruhe	253 339	+ 12,8	207	München-Süd	228 003	+ 1,5
179	Mannheim I	171 922	— 23,4	208	München-West	208 739	— 7,0
180	Mannheim II	211 222	— 5,9	209	München-Land	291 019	+ 29,6
181	Heidelberg-Stadt	225 613	+ 0,5	210	Rosenheim	298 673	+ 33,0
182	Pforzheim — Karlsruhe-Land I	239 482	+ 6,6	211	Traunstein	217 667	— 3,1
183	Bruchsal — Karlsruhe-Land II	232 366	+ 3,5	212	Weilheim	262 464	+ 16,9
184	Heidelberg-Land — Sinsheim	243 264	+ 8,3	213	Deggendorf	170 252	— 24,2
185	Tauberbischofsheim	213 682	— 4,8	214	Landshut	238 755	+ 6,3
186	Konstanz	253 815	+ 13,0	215	Passau	197 940	— 11,9
187	Donaueschingen	236 964	+ 5,5	216	Rottal-Inn	169 548	— 24,5
188	Waldshut	190 028	— 15,4	217	Straubing	195 892	— 12,8
189	Lörrach — Müllheim	202 400	— 9,9	218	Amberg	232 477	+ 3,5
190	Freiburg	256 513	+ 14,2	219	Regensburg	259 418	+ 15,5
191	Emmendingen — Wolfach	179 163	— 20,2	220	Schwandorf	244 496	+ 8,9
192	Offenburg	254 716	+ 13,4	221	Weiden	212 938	— 5,2
193	Rastatt	254 881	+ 13,5	222	Bamberg	247 929	+ 10,4
194	Reutlingen	302 678	+ 34,8	223	Bayreuth	162 779	— 27,5
195	Calw	250 292	+ 11,5	224	Coburg	202 338	— 9,9
196	Rottweil	181 297	— 19,3	225	Hof	252 886	+ 12,6
197	Balingen	272 294	+ 21,3	226	Kulmbach	163 300	— 27,3
198	Biberach	230 367	+ 2,6	227	Ansbach	189 377	— 15,7
199	Ravensburg	288 877	+ 28,6	228	Erlangen	301 447	+ 34,2
164 bis 199	Zusammen	8 297 616	X	229	Fürth	268 540	+ 19,6
				230	Nürnberg-Nord	222 773	— 0,8
				231	Nürnberg-Süd	217 644	— 3,1
				232	Roth	211 699	— 5,7

¹⁾ Deutsche Bevölkerung ohne Ausländer nach dem Ausländerzentralregister. Für die Wahlkreise, zu denen Gemeinde- oder Kreisteile gehören, sind die Zahlen für die nicht einbezogenen Ausländer anteilig aufgeschlüsselt worden.

²⁾ Bundesdurchschnitt = 224 553.

noch Anlage 1

Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 1. Juli 1977 ¹⁾	
Nr.	Name	Anzahl	Abweichung vom Bundesdurchschnitt in % ²⁾
233	Aschaffenburg	192 238	-14,4
234	Bad Kissingen	256 511	+14,2
235	Main — Spessart	219 067	-2,4
236	Schweinfurt	226 737	+1,0
237	Würzburg	251 965	+12,2
238	Augsburg-Stadt	218 998	-2,5
239	Augsburg-Land	258 929	+15,3
240	Donau-Ries	190 389	-15,2
241	Neu-Ulm	228 497	+1,8
242	Oberallgäu	235 930	+5,1
243	Unterallgäu	287 559	+28,1
200 bis 243	Zusammen	10 171 870	X

Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 1. Juli 1977 ¹⁾	
Nr.	Name	Anzahl	Abweichung vom Bundesdurchschnitt in % ²⁾
Saarland			
244	Saarbrücken I	202 954	-9,6
245	Saarbrücken II	205 185	-8,6
246	Saarlouis	212 909	-5,2
247	Sankt Wendel	206 688	-8,0
248	Homburg	216 629	-3,5
244 bis 248	Zusammen	1 044 365	X
Bundesgebiet ohne Berlin			
1 bis 248	Insgesamt	55 689 124	X

¹⁾ Deutsche Bevölkerung ohne Ausländer nach dem Ausländerzentralregister. Für die Wahlkreise, zu denen Gemeinde- oder Kreisteile gehören, sind die Zahlen für die nicht einbezogenen Ausländer anteilig aufgeschlüsselt worden.

²⁾ Bundesdurchschnitt = 224 553.

**Die vorgeschlagenen Wahlkreise mit ihrer deutschen Bevölkerung
am 1. Juli 1977**

Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 1. Juli 1977 ¹⁾		Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 1. Juli 1977 ¹⁾	
Nr.	Name	Anzahl	Abweichung vom Bundesdurchschnitt in % ²⁾	Nr.	Name	Anzahl	Abweichung vom Bundesdurchschnitt in % ²⁾
Schleswig-Holstein				Niedersachsen			
1	Flensburg — Schleswig	262 994 *)	+ 17,1	19	Aurich — Emden	215 900	- 3,9
2	Nordfriesland — Ditmarschen-Nord	218 761 *)	- 2,6	20	Unterems	241 608	+ 7,6
3	Steinburg — Dithmarschen-Süd	196 877 *)	- 12,3	21	Friesland — Wilhelms- haven	203 597	- 9,3
4	Rendsburg — Eckernförde	236 201 *)	+ 5,2	22	Oldenburg — Ammer- land	259 272	+ 15,5
5	Kiel	245 700 *)	+ 9,4	23	Delmenhorst — Weser- marsch	251 071	+ 11,8
6	Plön — Neumünster	193 567 *)	- 13,8	24	Cuxhaven	187 572 *)	- 16,5
7	Pinneberg	243 740 *)	+ 8,5	25	Stade	228 545 *)	+ 1,8
8	Segeberg — Stormarn- Nord	257 624 *)	+ 14,7	26	Mittelems	240 596	+ 7,1
9	Ostholstein	185 508 *)	- 17,4	27	Cloppenburg — Vechta	201 516	- 10,3
10	Herzogtum Lauenburg — Stormarn-Süd	255 905 *)	+ 14,0	28	Diepholz	179 814	- 19,9
11	Lübeck	216 139 *)	- 3,7	29	Verden	194 676	- 13,3
1 bis 11	Zusammen	2 513 016	×	30	Soltau — Rotenburg	184 179	- 18,0
Hamburg				31	Lüneburg — Lüchow	175 693	- 21,8
12	Hamburg-Mitte	210 327	- 6,3	32	Osnabrück-Land	199 414	- 11,2
13	Hamburg-Altona	219 448	- 2,3	33	Osnabrück	223 989	- 0,3
14	Hamburg-Eimsbüttel	224 753 *)	+ 0,1	34	Nienburg — Schaum- burg	260 037	+ 15,8
15	Hamburg-Nord	241 314	+ 7,5	35	Harburg	172 224	- 23,3
16	Hamburg-Wandsbek	249 861	+ 11,3	36	Stadt Hannover I	247 301	+ 10,1
17	Hamburg-Bergedorf	233 886 *)	+ 4,2	37	Stadt Hannover II	252 862	+ 12,6
18	Hamburg-Harburg	188 810	- 15,9	38	Hannover-Land I	268 353	+ 19,5
12 bis 18	Zusammen	1 568 399	×	39	Celle — Uelzen	254 714	+ 13,4
				40	Gifhorn — Peine	230 513	+ 2,7
				41	Hamelnd — Holzminden	243 590	+ 8,5
				42	Hannover-Land II	244 145	+ 8,7
				43	Hildesheim	270 414	+ 20,4
				44	Salzgitter — Wolfen- büttel	220 619	- 1,8
				45	Braunschweig	253 535 *)	+ 12,9

*) Gegenüber Wahlkreisabgrenzung für die Bundestagswahl 1976 keine Umgliederung bewohnter Gebiete.

¹⁾ Deutsche Bevölkerung ohne Ausländer nach dem Ausländerzentralregister. Für die Wahlkreise, zu denen Gemeinde- oder Kreisteile gehören, sind die Zahlen für die nicht einbezogenen Ausländer anteilig aufgeschlüsselt worden.

²⁾ Bundesdurchschnitt = 224 553.

noch Anlage 2

Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 1. Juli 1977 ¹⁾	
Nr.	Name	Anzahl	Abweichung vom Bundesdurchschnitt in % ²⁾
46	Helmstedt — Wolfsburg	215 993	- 3,8
47	Goslar	197 135	- 12,2
48	Northeim — Osterode	212 488	- 5,4
49	Göttingen	246 973 *)	+ 10,0
19 bis 49	Zusammen	6 978 338	×
Bremen			
50	Bremen-Ost	212 186	- 5,5
51	Bremen-West	222 137	- 1,1
52	Bremerhaven — Bremen-Nord	231 139 *)	+ 2,9
50 bis 52	Zusammen	665 462	×
Nordrhein-Westfalen			
53	Aachen	221 351	- 1,4
54	Kreis Aachen	269 123	+ 19,8
55	Heinsberg	198 397	- 11,6
56	Düren	224 433	- 0,1
57	Erfthkreis I	256 533	+ 14,2
58	Euskirchen — Erfth- kreis II	256 564	+ 14,3
59	Köln I	196 822	- 12,3
60	Köln II	199 655	- 11,1
61	Köln III	237 434	+ 5,7
62	Köln IV	226 201	+ 0,7
63	Leverkusen — Rheinisch-Bergischer Kreis I	186 432	- 17,0
64	Rheinisch-Bergischer Kreis II	191 715	- 14,6
65	Oberbergischer Kreis	225 811	+ 0,6
66	Rhein-Sieg-Kreis I	199 788	- 11,0

Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 1. Juli 1977 ¹⁾	
Nr.	Name	Anzahl	Abweichung vom Bundesdurchschnitt in % ²⁾
67	Rhein-Sieg-Kreis II	215 876	- 3,9
68	Bonn	265 043 *)	+ 18,0
69	Wuppertal I	185 974	- 17,2
70	Wuppertal II	179 847 *)	- 19,9
71	Solingen — Remscheid	263 603	+ 17,4
72	Mettmann I	217 996	- 2,9
73	Mettmann II	212 100	- 5,5
74	Düsseldorf I	190 867	- 15,0
75	Düsseldorf II	172 266	- 23,3
76	Düsseldorf III	173 854	- 22,6
77	Neuss I	185 601	- 17,3
78	Neuss II	181 505	- 19,2
79	Mönchengladbach	239 282	+ 6,6
80	Viersen	245 965	+ 9,5
81	Krefeld	202 510	- 9,8
82	Kleve	237 287	+ 5,7
83	Wesel I	190 268	- 15,3
84	Wesel II	192 220	- 14,4
85	Duisburg I	249 084	+ 10,9
86	Duisburg II	266 154	+ 18,5
87	Oberhausen	217 125 *)	- 3,3
88	Mülheim	176 066	- 21,6
89	Essen I	206 777	- 7,9
90	Essen II	190 689	- 15,1
91	Essen III	238 260	+ 6,1
92	Recklinghausen I	218 211	- 2,8
93	Recklinghausen II	240 179	+ 7,0
94	Gelsenkirchen I	180 414	- 19,7
95	Gelsenkirchen II — Recklinghausen III	177 396	- 21,0
96	Bottrop — Reckling- hausen IV	182 708	- 18,6
97	Borken	277 932	+ 23,8
98	Coesfeld — Steinfurt I	256 159	+ 14,1
99	Steinfurt II	266 339	+ 18,6
100	Münster	255 646	+ 13,8

*) Gegenüber Wahlkreisabgrenzung für die Bundestagswahl 1976 keine Umgliederung bewohnter Gebiete.

1) Deutsche Bevölkerung ohne Ausländer nach dem Ausländerzentralregister. Für die Wahlkreise, zu denen Gemeinde- oder Kreisteile gehören, sind die Zahlen für die nicht einbezogenen Ausländer anteilig aufgeschlüsselt worden.

2) Bundesdurchschnitt = 224 553.

Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 1. Juli 1977 ¹⁾		Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 1. Juli 1977 ¹⁾	
Nr.	Name	Anzahl	Abweichung vom Bundesdurchschnitt in % ²⁾	Nr.	Name	Anzahl	Abweichung vom Bundesdurchschnitt in % ²⁾
101	Warendorf	229 467	+ 2,2	130	Fulda	246 908	+ 10,0
102	Gütersloh — Bielefeld II	273 562	+ 21,8	131	Lahn I	210 625	- 6,2
103	Bielefeld I	275 933	+ 22,9	132	Lahn II	233 888	+ 4,2
104	Herford	220 847	- 1,7	133	Hochtaunus	240 027	+ 6,9
105	Minden-Lübbecke	279 210	+ 24,3	134	Wetterau	236 096	+ 5,1
106	Lippe I	245 322	+ 9,2	135	Rheingau-Taunus	237 928	+ 6,0
107	Höxter — Lippe II	204 019	- 9,1	136	Wiesbaden	242 563	+ 8,0
108	Paderborn	205 347	- 8,6	137	Frankfurt I — Main-Taunus	229 739	+ 2,3
109	Hagen	205 043	- 8,7	138	Frankfurt II	225 985	+ 0,6
110	Ennepe-Ruhr-Kreis I	224 916	+ 0,2	139	Frankfurt III	240 659	+ 7,2
111	Bochum I — Ennepe-Ruhr-Kreis II	242 068	+ 7,8	140	Hanau	264 563	+ 17,8
112	Bochum II	247 489	+ 10,2	141	Groß-Gerau	194 407	- 13,4
113	Herne	173 317	- 22,8	142	Offenbach	250 508	+ 11,6
114	Dortmund I	207 233	- 7,7	143	Odenwald	276 909	+ 23,3
115	Dortmund II	189 366	- 15,7	144	Darmstadt	248 806	+ 10,8
116	Dortmund III	180 256	- 19,7	145	Bergstraße	225 015	+ 0,2
117	Unna I	264 618	+ 17,8	124 bis 145	Zusammen	5 105 483	×
118	Hamm — Unna II	249 916	+ 11,3				
119	Soest	253 477	+ 12,9		Rheinland-Pfalz		
120	Hochsauerlandkreis	253 811	+ 13,0	146	Neuwied	264 258 *)	+ 17,7
121	Siegen	272 170	+ 21,2	147	Ahrweiler	207 818 *)	- 7,5
122	Märkischer Kreis I — Olpe	242 480	+ 8,0	148	Koblenz	193 817	- 13,7
123	Märkischer Kreis II	259 872	+ 15,7	149	Cochem	205 953	- 8,3
	Land insgesamt	15 841 201	×	150	Kreuznach	228 862 *)	+ 1,9
				151	Bitburg	194 286 *)	- 13,5
	Hessen			152	Trier	216 632 *)	- 3,5
124	Kassel-Land	210 388	- 6,3	153	Montabaur	275 084 *)	+ 22,5
125	Kassel-Stadt	185 311	- 17,5	154	Mainz	277 048 *)	+ 23,4
126	Waldeck	233 952	+ 4,2	155	Worms	202 480 *)	- 9,8
127	Hersfeld	244 619	+ 8,9	156	Frankenthal	170 918 *)	- 23,9
128	Marburg	224 217 *)	- 0,1	157	Ludwigshafen	195 725 *)	- 12,8
129	Vogelsberg	202 370	- 9,9	158	Neustadt — Speyer	201 999	- 10,0
				159	Kaiserslautern	261 984	- 16,7

*) Gegenüber Wahlkreisabgrenzung für die Bundestagswahl 1976 keine Umgliederung bewohnter Gebiete.

1) Deutsche Bevölkerung ohne Ausländer nach dem Ausländerzentralregister. Für die Wahlkreise, zu denen Gemeinde- oder Kreisteile gehören, sind die Zahlen für die nicht einbezogenen Ausländer anteilig aufgeschlüsselt worden.

2) Bundesdurchschnitt = 224 553.

noch Anlage 2

Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 1. Juli 1977 ¹⁾		Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 1. Juli 1977 ¹⁾	
Nr.	Name	Anzahl	Abweichung vom Bundesdurchschnitt in % ²⁾	Nr.	Name	Anzahl	Abweichung vom Bundesdurchschnitt in % ²⁾
160	Pirmasens	182 988	- 18,5	189	Rottweil	220 260	- 1,9
161	Landau	223 522 *)	- 0,5	190	Schwarzwald-Baar	176 267	- 21,5
146 bis 161	Zusammen	3 503 374	×	191	Konstanz	206 275	- 8,1
Baden-Württemberg				192	Lörrach — Waldshut	208 498	- 7,1
162	Stuttgart-Süd	244 381	+ 8,8	193	Reutlingen	210 317	- 6,3
163	Stuttgart-Nord	250 769	+ 11,7	194	Tübingen	189 907	- 15,4
164	Böblingen	250 075	+ 11,4	195	Ulm	231 012	+ 2,9
165	Esslingen	229 958	+ 2,4	196	Biberach	246 436	+ 9,7
166	Nürtingen	263 115	+ 17,2	197	Bodensee	258 504	+ 15,1
167	Göppingen	203 853 *)	- 9,2	198	Sigmaringen	226 146	+ 0,7
168	Waiblingen	206 217	- 8,2	162 bis 198	Zusammen	8 297 616	×
169	Ludwigsburg	226 747	+ 1,0	Bayern			
170	Bietigheim — Bissingen	251 654	+ 12,1	199	Altötting	260 908	+ 16,2
171	Heilbronn	206 876	- 7,9	200	Bad Tölz	240 498	+ 7,1
172	Main-Tauber-Hohen- lohe	198 094	- 11,8	201	Freising	263 279	+ 17,2
173	Schwäbisch Hall	254 070	+ 13,1	202	Fürstfeldbruck	240 811	+ 7,2
174	Aalen — Heidenheim	258 296	+ 15,0	203	Ingolstadt	240 051	+ 6,9
175	Karlsruhe	253 339 *)	+ 12,8	204	München-Mitte	181 760 *)	- 19,1
176	Ettlingen	212 068	- 5,6	205	München-Nord	240 340 *)	+ 7,0
177	Rastatt	220 896	- 1,6	206	München-Ost	232 403 *)	+ 3,5
178	Heidelberg	197 768	- 11,9	207	München-Süd	228 003 *)	+ 1,5
179	Mannheim	269 893	+ 20,2	208	München-West	208 739 *)	- 7,0
180	Weinheim	189 558	- 15,6	209	München-Land	210 007	- 6,5
181	Neckar-Odenwald	186 582	- 16,9	210	Rosenheim	212 499	- 5,4
182	Bruchsal	204 827	- 8,8	211	Traunstein	217 653	- 3,1
183	Pforzheim	236 853	+ 5,5	212	Weilheim	264 858	+ 17,9
184	Calw	205 811	- 8,3	213	Deggendorf	170 376	- 24,1
185	Freiburg	226 746	+ 1,0	214	Landshut	240 003	+ 6,9
186	Breisgau	213 682	- 4,8	215	Passau	197 940 *)	- 11,9
187	Emmendingen	240 055	+ 6,9	216	Rottal-Inn	169 419	- 24,6
188	Offenburg	221 811	- 1,2	217	Straubing	194 010	- 13,6
				218	Amberg	232 442	+ 3,5
				219	Regensburg	259 064	+ 15,4

*) Gegenüber Wahlkreisabgrenzung für die Bundestagswahl 1976 keine Umgliederung bewohnter Gebiete.

1) Deutsche Bevölkerung ohne Ausländer nach dem Ausländerzentralregister. Für die Wahlkreise, zu denen Gemeinde- oder Kreisteile gehören, sind die Zahlen für die nicht einbezogenen Ausländer anteilig aufgeschlüsselt worden.

2) Bundesdurchschnitt = 224 553.

noch Anlage 2

Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 1. Juli 1977 ¹⁾	
Nr.	Name	Anzahl	Abweichung vom Bundesdurchschnitt in % ²⁾
220	Schwandorf	246 853	+ 9,9
221	Weiden	212 750	- 5,3
222	Bamberg	181 424	- 19,2
223	Bayreuth	207 305	- 7,7
224	Coburg	191 042	- 14,9
225	Hof	254 213	+ 13,2
226	Kulmbach	197 276	- 12,1
227	Ansbach	189 405	- 15,7
228	Erlangen	270 622	+ 20,5
229	Fürth	251 683	+ 12,1
230	Nürnberg-Nord	222 773 *)	- 0,8
231	Nürnberg-Süd	217 663	- 3,1
232	Roth	257 940	+ 14,9
233	Aschaffenburg	193 274	- 13,9
234	Bad Kissingen	256 511 *)	+ 14,2
235	Main-Spessart	218 031	- 2,9
236	Schweinfurt	227 106	+ 1,1
237	Würzburg	251 322	+ 11,9
238	Augsburg-Stadt	219 914	- 2,1
239	Augsburg-Land	257 628	+ 14,7
240	Donau-Ries	189 854	- 15,5

Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 1. Juli 1977 ¹⁾	
Nr.	Name	Anzahl	Abweichung vom Bundesdurchschnitt in % ²⁾
241	Neu-Ulm	247 651	+ 10,3
242	Oberallgäu	235 930 *)	+ 5,1
243	Ostallgäu	268 637	+ 19,6
199 bis 243	Zusammen	10 171 870	×
Saarland			
244	Saarbrücken I	202 954 *)	- 9,6
245	Saarbrücken II	205 196	- 8,6
246	Saarlouis	212 909 *)	- 5,2
247	Sankt Wendel	206 688 *)	- 8,0
248	Homburg	216 618	- 3,5
244 bis 248	Zusammen	1 044 365	×
Bundesgebiet ohne Berlin			
1 bis 248	Insgesamt	55 689 124	×

*) Gegenüber Wahlkreisabgrenzung für die Bundestagswahl 1976 keine Umgliederung bewohnter Gebiete.

1) Deutsche Bevölkerung ohne Ausländer nach dem Ausländerzentralregister. Für die Wahlkreise, zu denen Gemeinde- oder Kreisteile gehören, sind die Zahlen für die nicht einbezogenen Ausländer anteilig aufgeschlüsselt worden.

2) Bundesdurchschnitt = 224 553.

Anlage 3

Beschreibung der vorgeschlagenen Wahlkreise

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
Schleswig-Holstein		
1	Flensburg — Schleswig	Kreisfreie Stadt Flensburg, Kreis Schleswig-Flensburg
2	Nordfriesland — Dithmarschen-Nord	Kreis Nordfriesland, vom Kreis Dithmarschen die kirchspielfreien Gemeinden Heide, Wesselburen, die Kirchspiellandgemeinden Büsum (= Gemeinden Büsum, Büsumer Deichhausen, Hedwigenkoog, Oesterdeichstrich, Warwerort, Westerdeichstrich), Hennstedt (= Gemeinden Barkenholm, Bergewörden, Delve, Fedderingen, Glüsing, Hägen, Hennstedt, Hollingstedt, Kleve, Linden, Norderheistedt, Schlichting, Schwienhusen, Süderheistedt, Wiemerstedt), Lunden (= Gemeinden Groven, Hemme, Karolinenkoog, Krempel, Lehe, Lunden, Rehm-Flehde-Bargen, Sankt Annen), Tellingstedt (= Gemeinden Dellstedt, Dörpling, Gaushorn, Hövede, Pahlen, Schalkholz, Süderdorf, Tellingstedt, Tielenhemme, Wallen, Welmbüttel, Westerborstel, Wrohm), Weddingstedt (= Gemeinden Neunkirchen, Ostrohe, Stelle-Wittenwurth, Weddingstedt, Wesseln), Wesselburen (= Gemeinden Friedrichsgabekoog, Hellschen-Heringssand-Unterschaar, Hillgroven, Norddeich, Norderwörden, Oesterwurth, Reinsbüttel, Schülp, Strübbel, Süderdeich, Wesselburener Deichhausen, Wesselburenerkoog) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 3)
3	Steinburg — Dithmarschen-Süd	Kreis Steinburg, vom Kreis Dithmarschen die kirchspielfreien Gemeinden Brunsbüttel, Friedrichskoog, Marne, Meldorf, die Kirchspiellandgemeinden Albersdorf (= Gemeinden Albersdorf, Arkebek, Bunsoh, Immenstedt, Offenbüttel, Osterrade, Schafstedt, Schrum, Tensbüttel-Röst, Wennbüttel), Burg-Süderhastedt (= Gemeinden Brickeln, Buchholz, Burg (Dithmarschen), Eggstedt, Frestedt, Großenrade, Hochdonn, Kuden, Quickborn, Süderhastedt), Eddelak-Sankt Michaelisdonn (= Gemeinden Averlak, Dingen, Eddelak, Sankt Michaelisdonn), Heide-Land (= Gemeinden Hemmingstedt, Lieth, Lohe-Rickelshof, Nordhastedt, Wörden),

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
		<p>Marne-Land (= Gemeinden Diekhusen-Fahrstedt, Helse, Kaiser-Wilhelm-Koog, Kronprinzenkoog, Marnerdeich, Neufeld, Neufelderkoog, Ramhusen, Schmedeswurth, Trennewurth, Volsenhusen),</p> <p>Meldorf-Land (= Gemeinden Bargenstedt, Barlt, Busenwurth, Elpersbüttel, Epenwörden, Gudendorf, Krumstedt, Nindorf, Nordermeldorf, Odderade, Sarzbüttel, Windbergen, Wolmersdorf)</p> <p>(Übrige Gemeinden s. Wkr. 2)</p>
4	Rendsburg-Eckernförde	Kreis Rendsburg-Eckernförde
5	Kiel	Kreisfreie Stadt Kiel
6	Plön — Neumünster	Kreisfreie Stadt Neumünster, Kreis Plön
7	Pinneberg	Kreis Pinneberg
8	Segeberg — Stormarn-Nord	<p>Kreis Segeberg,</p> <p>vom Kreis Stormarn</p> <p>die amtsfreien Gemeinden</p> <p>Bad Oldesloe, Bargtheide, Reinfeld (Holstein), Tangstedt,</p> <p>die Ämter</p> <p>Bad Oldesloe-Land (= Gemeinden Grabau, Lasbek, Meddewade, Neritz, Pölitz, Rethwisch, Rümpel, Steinburg, Travenbrück),</p> <p>Bargtheide-Land (= Gemeinden Bargfeld-Stegen, Delingsdorf, Elmenhorst, Hammoor, Jersbek, Nienwohld, Todendorf, Tremsbüttel),</p> <p>Nordstormarn (= Gemeinden Badendorf, Barnitz, Feldhorst, Hamberge, Heidekamp, Heilshoop, Klein Wesenberg, Mönkhagen, Rehhorst, Westerau, Wesenberg, Zarpen)</p> <p>(Übrige Gemeinden s. Wkr. 10)</p>
9	Ostholstein	Kreis Ostholstein
10	Herzogtum Lauenburg — Stormarn-Süd	<p>Kreis Herzogtum Lauenburg,</p> <p>vom Kreis Stormarn</p> <p>die amtsfreien Gemeinden</p> <p>Ahrensburg, Ammersbek, Barsbüttel, Großhansdorf, Reinbek,</p> <p>die Ämter</p> <p>Glinde (= Gemeinden Glinde, Oststeinbek),</p> <p>Siek (= Gemeinden Braak, Brunsbek, Hoisdorf, Siek, Stapelfeld),</p> <p>Trittau (= Gemeinden Grande, Grönwohld, Großensee, Hamfelde, Hohenfelde, Köthel, Lütjensee, Rausdorf, Trittau, Witzhave)</p> <p>(Übrige Gemeinden s. Wkr. 8)</p>

n o c h Anlage 3

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
11	Lübeck	Kreisfreie Stadt Lübeck
		Hamburg
12	Hamburg-Mitte	Vom Bezirk Hamburg-Mitte das Kerngebiet Hamburg-Mitte (Ortsteile 101 bis 128, 140), das Ortsamtsgebiet Veddel-Rothenburgsort (Ortsteile 133 bis 137) (Übrige Ortsteile s. Wkr. 17, 18), vom Bezirk Hamburg-Nord das Ortsamtsgebiet Barmbek-Uhlenhorst (Ortsteile 414 bis 429) (Übrige Ortsteile s. Wkr. 15)
13	Hamburg-Altona	Bezirk Altona (Ortsteile 201 bis 226)
14	Hamburg-Eimsbüttel	Bezirk Eimsbüttel (Ortsteile 301 bis 321)
15	Hamburg-Nord	Vom Bezirk Hamburg-Nord das Kerngebiet Hamburg-Nord (Ortsteile 401 bis 413), das Ortsamtsgebiet Fuhlsbüttel (Ortsteile 430 bis 432) (Übrige Ortsteile s. Wkr. 12), vom Bezirk Wandsbek das Ortsamtsgebiet Alstertal (Ortsteile 517 bis 520), Ortsamtsgebiet Walddörfer die Stadtteile Lemsahl-Mellingstedt, Duvenstedt, Wohldorf-Ohlstedt, Bergstedt (Ortsteile 521 bis 524) (Übrige Ortsteile s. Wkr. 16, 17)
16	Hamburg-Wandsbek	Vom Bezirk Wandsbek Kerngebiet Wandsbek, die Stadtteile Eilbek, Wandsbek, Farmsen-Berne (Ortsteile 501 bis 509, 514) das Ortsamtsgebiet Bramfeld (Ortsteile 515 und 516), Ortsamtsgebiet Walddörfer der Stadtteil Volksdorf (Ortsteil 525), das Ortsamtsgebiet Rahlstedt (Ortsteil 526) (Übrige Ortsteile s. Wkr. 15, 17)
17	Hamburg-Bergedorf	Bezirk Bergedorf (Ortsteile 601 bis 614), vom Bezirk Hamburg-Mitte das Ortsamtsgebiet Billstedt (Ortsteile 129 bis 132) (Übrige Ortsteile s. Wkr. 12, 18), vom Bezirk Wandsbek die Stadtteile Marienthal, Jenfeld, Tonndorf (Ortsteile 510 bis 513) (Übrige Ortsteile s. Wkr. 15, 16)

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
18	Hamburg-Harburg	Bezirk Harburg (Ortsteile 701 bis 721), vom Bezirk Hamburg-Mitte das Ortsamtsgebiet Finkenwerder (Ortsteile 138 und 139) (Übrige Ortsteile s. Wkr. 12, 17)
Niedersachsen		
19	Aurich — Emden	Kreisfreie Stadt Emden, Landkreis Aurich
20	Unterems	Landkreis Leer, vom Landkreis Emsland die Gemeinden Stadt Haren (Ems), Stadt Papenburg, Rhede (Ems), Twist, die Samtgemeinden Dörpen (= Gemeinden Dersum, Dörpen, Heede, Kluse, Lehe, Neubörger, Neulehe, Walchum, Wipplingen), Lathen (= Gemeinden Fresenburg, Lathen, Niederlangen, Oberlangen, Renkenberge, Sustrum), Nordhümmling (= Gemeinden Bockhorst, Breddenberg, Esterwegen, Hilkenbrook, Surwold), Sögel (= Gemeinden Börger, Groß Berßen, Hüven, Klein Berßen, Sögel, Spahnharrenstätte, Stavern, Werpeloh), Werlte (= Gemeinden Lahn, Lorup, Rastdorf, Vrees, Werlte) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 26)
21	Friesland — Wilhelmshaven	Kreisfreie Stadt Wilhelmshaven, Landkreis Friesland
22	Oldenburg — Ammerland	Kreisfreie Stadt Oldenburg (Oldenburg), Landkreis Ammerland
23	Delmenhorst — Wesermarsch	Kreisfreie Stadt Delmenhorst, Landkreise Oldenburg (Oldenburg), Wesermarsch
24	Cuxhaven	Landkreis Cuxhaven
25	Stade	Landkreis Stade, vom Landkreis Rotenburg (Wümme) die Gemeinden Stadt Bremervörde, Gnarrenburg, die Samtgemeinden Geestequelle (= Gemeinden Alfstedt, Basdahl, Ebersdorf, Hipstedt, Oerel),

noch Anlage 3

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
		<p>Selsingen (= Gemeinden Anderlingen, Deinstedt, Farven, Ostereistedt, Rhade, Sandbostel, Seedorf, Selsingen),</p> <p>Sittensen (= Gemeinden Groß Meckelsen, Hamersen, Kalbe, Klein Meckelsen, Lengenbostel, Sittensen, Tiste, Vierden, Wohnste),</p> <p>Tarmstedt (= Gemeinden Breddorf, Bülstedt, Hepstedt, Kirchtimke, Tarmstedt, Vorwerk, Westertimke, Wilstedt),</p> <p>Zeven (= Gemeinden Elsdorf, Gyhum, Heeslingen, Zeven)</p> <p>(Übrige Gemeinden s. Wkr. 30)</p>
26	Mittelems	<p>Landkreis Grafschaft Bentheim,</p> <p>vom Landkreis Emsland</p> <p>die Gemeinden</p> <p>Emsbüren, Geeste, Stadt Haselünne, Stadt Lingen (Ems), Stadt Meppen, Salzbergen,</p> <p>die Samtgemeinden</p> <p>Freren (= Gemeinden Anderverne, Beesten, Stadt Freren, Messingen, Thuine),</p> <p>Herzlake (= Gemeinden Dohren, Herzlake, Lähden),</p> <p>Lengerich (= Gemeinden Bawinkel, Gersten, Handrup, Langen, Lengerich, Wettrup),</p> <p>Spelle (= Gemeinden Lünne, Schapen, Spelle)</p> <p>(Übrige Gemeinden s. Wkr. 20)</p>
27	Cloppenburg — Vechta	Landkreise Cloppenburg, Vechta
28	Diepholz	Landkreis Diepholz
29	Verden	Landkreise Osterholz, Verden
30	Soltau — Rotenburg	<p>Landkreis Soltau-Fallingbostel,</p> <p>vom Landkreis Rotenburg (Wümme)</p> <p>die Gemeinden</p> <p>Stadt Rotenburg (Wümme), Scheeßel, Stadt Visselhövede,</p> <p>die Samtgemeinden</p> <p>Bothel (= Gemeinden Bothel, Brockel, Hemsbünde, Hemslingen, Kirchwalsede, Westerwalsede),</p> <p>Fintel (= Gemeinden Fintel, Helvesiek, Lauenbrück, Stemmen, Vahlde),</p> <p>Sottrum (= Gemeinden Ahausen, Bötersen, Hassendorf, Hellwege, Horstedt, Reeßum, Sottrum)</p> <p>(Übrige Gemeinden s. Wkr. 25)</p>
31	Lüneburg — Lüchow	Landkreise Lüchow-Dannenberg, Lüneburg

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
32	Osnabrück-Land	Vom Landkreis Osnabrück die Gemeinden Bad Essen, Stadt Bad Iburg, Bad Laer, Bad Rothenfelde, Bissendorf, Bohnte, Stadt Bramsche, Stadt Dissen am Teutoburger Wald, Hilter am Teutoburger Wald, Stadt Melle, Ostercappeln, die Samtgemeinden Artland (= Gemeinden Badbergen, Menslage, Nortrup, Stadt Quakenbrück), Bersenbrück (= Gemeinden Alfhausen, Ankum, Stadt Bersenbrück, Eggermühlen, Gehrde, Kettenkamp, Rieste), Fürstenau (= Gemeinden Berge, Bippen, Stadt Fürstenau), Neuenkirchen (= Gemeinden Merzen, Neuenkirchen, Voltlage) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 33)
33	Osnabrück	Kreisfreie Stadt Osnabrück, vom Landkreis Osnabrück die Gemeinden Belm, Stadt Georgsmarienhütte, Hagen am Teutoburger Wald, Has- bergen, Wallenhorst (Übrige Gemeinden s. Wkr. 32)
34	Nienburg — Schaumburg	Landkreise Nienburg (Weser), Schaumburg
35	Harburg	Landkreis Harburg
36	Stadt Hannover I	„Hannover-Nord“, nördlicher Teil der kreisfreien Stadt Hannover mit den Stadtteilen Bothfeld, Burg, Groß-Buchholz, Hainholz, Isernhagen-Süd, Kleefeld, Klein-Buchholz, Lahe, Ledeburg, Leinhausen, List, Marienwerder, Misburg, Nordhafen, Osterfeld, Oststadt, Sahlkamp, Stöcken, Vahrenheide, Vahrenwald, Vinnhorst, Zoo (Übrige Stadtteile s. Wkr. 37)
37	Stadt Hannover II	„Hannover-Süd“, südlicher Teil der kreisfreien Stadt Hannover mit den Stadtteilen Ahlem, Badenstedt, Bemeroode, Bornum, Bult, Calenberger Neustadt, Davenstedt, Döhren, Herrenhausen, Kirchrode, Limmer, Linden- Mitte, Linden-Nord, Linden-Süd, Mitte, Mittelfeld, Mühlenberg, Nordstadt, Oberricklingen, Ricklingen, Seelhorst, Südstadt, Wald- hausen, Waldheim, Wettbergen, Wülfel (Übrige Stadtteile s. Wkr. 36)
38	Hannover-Land I	Vom Landkreis Hannover die Gemeinden Stadt Burgdorf, Burgwedel, Stadt Garbsen, Isernhagen, Stadt Lan- genhagen, Stadt Lehrte, Stadt Neustadt am Rübenberge, Uetze, Wedemark (Übrige Gemeinden s. Wkr. 42)

noch Anlage 3

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
39	Celle — Uelzen	Landkreise Celle, Uelzen
40	Gifhorn — Peine	Landkreise Gifhorn, Peine
41	Hameln — Holzminden	Landkreise Hameln-Pyrmont, Holzminden
42	Hannover-Land II	Vom Landkreis Hannover die Gemeinden Stadt Barsinghausen, Stadt Gehrden, Hemmingen, Stadt Laatzen, Stadt Pattensen, Stadt Ronnenberg, Stadt Seelze, Sehnde, Stadt Springe, Wennigsen (Deister), Stadt Wunstorf (Übrige Gemeinden s. Wkr. 38)
43	Hildesheim	Landkreis Hildesheim
44	Salzgitter — Wolfenbüttel	Kreisfreie Stadt Salzgitter, Landkreis Wolfenbüttel
45	Braunschweig	Kreisfreie Stadt Braunschweig
46	Helmstedt — Wolfsburg	Kreisfreie Stadt Wolfsburg, Landkreis Helmstedt
47	Goslar	Landkreis Goslar, vom Landkreis Osterode am Harz die Gemeinden Stadt Bad Lauterberg im Harz, Stadt Bad Sachsa, die Samtgemeinde Walkenried (= Gemeinden Walkenried, Wieda, Zorge) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 48)
48	Northeim — Osterode	Landkreis Northeim, vom Landkreis Osterode am Harz die Gemeinden Stadt Herzberg am Harz, Stadt Osterode am Harz, die Samtgemeinden Bad Grund (= Gemeinden Badenhausen, Bergstadt Bad Grund [Harz], Eisdorf, Flecken Gittelde, Windhausen), Hattorf am Harz (= Gemeinden Elbingerode, Hattorf am Harz, Hörden, Wulften) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 47)
49	Göttingen	Landkreis Göttingen

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
		Bremen
50	Bremen-Ost	Von der kreisfreien Stadt Bremen der Stadtbezirk Ost (Ortsteile 311 bis 385)
51	Bremen-West	Von der kreisfreien Stadt Bremen die Stadtbezirke Süd (Ortsteile 211 bis 271), West (Ortsteile 411 bis 445), Stadtbezirk Mitte der Stadtteil Mitte (Ortsteile 111 bis 113), Stadtteil Häfen die Ortsteile Handelshäfen, Industriebäfen, Neustädter Hafen, Hohentorshafen (Ortsteile 121, 122, 124, 125) (Übriger Ortsteil s. Wkr. 52)
52	Bremerhaven — Bremen-Nord	Kreisfreie Stadt Bremerhaven, von der kreisfreien Stadt Bremen der Stadtbezirk Nord (Ortsteile 511 bis 535), Stadtbezirk Mitte, Stadtteil Häfen der Ortsteil Stadtbremisches Überseehafengebiet Bremerhaven (Ortsteil 123) (Übrige Ortsteile s. Wkr. 51)
		Nordrhein-Westfalen
53	Aachen	Kreisfreie Stadt Aachen
54	Kreis Aachen	Kreis Aachen
55	Heinsberg	Kreis Heinsberg
56	Düren	Kreis Düren
57	Erftkreis I	Vom Erftkreis die Gemeinden Bedburg, Bergheim, Elsdorf, Frechen, Hürth, Kerpen, Pulheim (Übrige Gemeinde s. Wkr. 58)
58	Euskirchen — Erftkreis II	Kreis Euskirchen, vom Erftkreis die Gemeinden Brühl, Erftstadt, Wesseling (Übrige Gemeinden s. Wkr. 57)

noch Anlage 3

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
59	Köln I	Von der kreisfreien Stadt Köln die Stadtbezirke 1 Innenstadt, 7 Porz (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 60, 61, 62)
60	Köln II	Von der kreisfreien Stadt Köln die Stadtbezirke 2 Rodenkirchen, 3 Lindenthal (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 59, 61, 62)
61	Köln III	Von der kreisfreien Stadt Köln die Stadtbezirke 4 Ehrenfeld, 5 Nippes, 6 Chorweiler (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 59, 60, 62)
62	Köln IV	Von der kreisfreien Stadt Köln die Stadtbezirke 8 Kalk, 9 Mülheim (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 59, 60, 61)
63	Leverkusen — Rheinisch-Bergischer Kreis I	Kreisfreie Stadt Leverkusen, vom Rheinisch-Bergischen Kreis die Gemeinden Burscheid, Leichlingen (Rheinland) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 64)
64	Rheinisch- Bergischer Kreis II	Vom Rheinisch-Bergischen Kreis die Gemeinden Bergisch Gladbach, Kürten, Odenthal, Overath, Rös- rath, Wermelskirchen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 63)
65	Oberbergischer Kreis	Oberbergischer Kreis
66	Rhein-Sieg-Kreis I	Vom Rhein-Sieg-Kreis die Gemeinden Bad Honnef, Eitorf, Hennef (Sieg), Königswinter, Lohmar, Much, Neunkirchen-Seelscheid, Ruppichterath, Sankt Augu- stin, Windeck (Übrige Gemeinden s. Wkr. 67)
67	Rhein-Sieg-Kreis II	Vom Rhein-Sieg-Kreis die Gemeinden Alfter, Bornheim, Meckenheim, Niederkassel, Rhein- bach, Siegburg, Swisttal, Troisdorf, Wachtberg (Übrige Gemeinden s. Wkr. 66)
68	Bonn	Kreisfreie Stadt Bonn
69	Wuppertal I	Von der kreisfreien Stadt Wuppertal die Stadtbezirke 1 Vohwinkel, 2 Elberfeld, 6 Uellendahl, 7 Cronenberg (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 70)
70	Wuppertal II	Von der kreisfreien Stadt Wuppertal die Stadtbezirke 3 Barmen, 4 Oberbarmen, 5 Langerfeld, 8 Ronsdorf (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 69)

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
71	Solingen — Remscheid	Kreisfreie Städte Remscheid, Solingen
72	Mettmann I	Vom Kreis Mettmann die Gemeinden Erkrath, Haan, Hilden, Langenfeld (Rheinland), Mettmann, Monheim (Übrige Gemeinden s. Wkr. 73)
73	Mettmann II	Vom Kreis Mettmann die Gemeinden Heiligenhaus, Ratingen, Velbert, Wülfrath (Übrige Gemeinden s. Wkr. 72)
74	Düsseldorf I	Von der kreisfreien Stadt Düsseldorf die Stadtbezirke 1, 4, 5, 6 (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 75, 76)
75	Düsseldorf II	Von der kreisfreien Stadt Düsseldorf die Stadtbezirke 2, 7, 8, vom Stadtbezirk 3 der Stadtteil Oberbilk (Übrige Stadtbezirke und Stadtteile s. Wkr. 74, 76)
76	Düsseldorf III	Von der kreisfreien Stadt Düsseldorf die Stadtbezirke 9, 10, vom Stadtbezirk 3 die Stadtteile Bilk, Flehe, Friedrichstadt, Hafen, Hamm, Unterbilk, Vollmerswerth (Übrige Stadtbezirke und Stadtteile s. Wkr. 74, 75)
77	Neuß I	Vom Kreis Neuß die Gemeinden Dormagen, Neuß (Übrige Gemeinden s. Wkr. 78)
78	Neuß II	Vom Kreis Neuß die Gemeinden Grevenbroich, Jüchen, Kaarst, Korschenbroich, Meerbusch, Rommerskirchen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 77)
79	Mönchengladbach	Kreisfreie Stadt Mönchengladbach
80	Viersen	Kreis Viersen
81	Krefeld	Kreisfreie Stadt Krefeld
82	Kleve	Kreis Kleve
83	Wesel I	Vom Kreis Wesel die Gemeinden Dinslaken, Hamminkeln, Hünxe, Schermbeck, Voerde (Niederrhein), Wesel, Xanten (Übrige Gemeinden s. Wkr. 84)

noch Anlage 3

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
84	Wesel II	Vom Kreis Wesel die Gemeinden Alpen, Kamp-Lintfort, Moers, Neukirchen-Vluyn, Rheinberg, Sonsbeck (Übrige Gemeinden s. Wkr. 83)
85	Duisburg I	Von der kreisfreien Stadt Duisburg die Stadtbezirke A Walsum, B Hamborn, C Meiderich/Beeck, D Hom- berg/Ruhrort (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 86)
86	Duisburg II	Von der kreisfreien Stadt Duisburg die Stadtbezirke E Innenstadt, F Rheinhausen, G Süd (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 85)
87	Oberhausen	Kreisfreie Stadt Oberhausen
88	Mülheim	Kreisfreie Stadt Mülheim a. d. Ruhr
89	Essen I	Von der kreisfreien Stadt Essen die Stadtbezirke 3, 4 (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 90, 91)
90	Essen II	Von der kreisfreien Stadt Essen die Stadtbezirke 5, 6, 7 (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 89, 91)
91	Essen III	Von der kreisfreien Stadt Essen die Stadtbezirke 1, 2, 8, 9 (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 89, 90)
92	Recklinghausen I	Vom Kreis Recklinghausen die Gemeinden Castrop-Rauxel, Recklinghausen, Waltrop (Übrige Gemeinden s. Wkr. 93, 95, 96)
93	Recklinghausen II	Vom Kreis Recklinghausen die Gemeinden Datteln, Dorsten, Haltern, Marl, Oer-Erkenschwick (Übrige Gemeinden s. Wkr. 92, 95, 96)
94	Gelsenkirchen I	Von der kreisfreien Stadt Gelsenkirchen die Stadtbezirke Gelsenkirchen 1 (Mitte), Gelsenkirchen 3 (West), Gelsenkirchen 5 (Süd) (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 95)
95	Gelsenkirchen II — Recklinghausen III	Von der kreisfreien Stadt Gelsenkirchen die Stadtbezirke Gelsenkirchen 2 (Nord), Gelsenkirchen 4 (Ost) (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 94),

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
96	Bottrop — Recklinghausen IV	vom Kreis Recklinghausen die Gemeinde Herten (Ubrige Gemeinden s. Wkr. 92, 93, 96) Kreisfreie Stadt Bottrop, vom Kreis Recklinghausen die Gemeinde Gladbeck (Ubrige Gemeinden s. Wkr. 92, 93, 95)
97	Borken	Kreis Borken
98	Coesfeld — Steinfurt I	Kreis Coesfeld, vom Kreis Steinfurt die Gemeinden Altenberge, Horstmar, Laer, Metelen, Neuenkirchen, Nordwalde, Ochtrup, Steinfurt, Wettringen (Ubrige Gemeinden s. Wkr. 99)
99	Steinfurt II	Vom Kreis Steinfurt die Gemeinden Emsdetten, Greven, Hörstel, Hopsten, Ibbenbüren, Ladbergen, Lengerich, Lienen, Lotte, Mettingen, Recke, Rheine, Saerbeck, Tecklenburg, Westerkappeln (Ubrige Gemeinden s. Wkr. 98)
100	Münster	Kreisfreie Stadt Münster
101	Warendorf	Kreis Warendorf
102	Gütersloh — Bielefeld II	Kreis Gütersloh, von der kreisfreien Stadt Bielefeld der Stadtbezirk Dornberg (Ubrige Stadtbezirke s. Wkr. 103)
103	Bielefeld I	Von der kreisfreien Stadt Bielefeld die Stadtbezirke Brackwede, Gadderbaum, Heepen, Jöllenbeck, Mitte, Schildesche, Senne, Sennestadt, Stieghorst (Ubriger Stadtbezirk s. Wkr. 102)
104	Herford	Kreis Herford
105	Minden — Lübbecke	Kreis Minden-Lübbecke
106	Lippe I	Vom Kreis Lippe die Gemeinden Augustdorf, Bad Salzuflen, Detmold, Dörentrup, Exter- tal, Kalletal, Lage, Lemgo, Leopoldshöhe, Oerlinghausen (Ubrige Gemeinden s. Wkr. 107)

noch Anlage 3

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
107	Höxter — Lippe II	Kreis Höxter, vom Kreis Lippe die Gemeinden Barntrup, Blomberg, Horn-Bad Meinberg, Lüdge, Schieder-Schwalenberg, Schlangen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 106)
108	Paderborn	Kreis Paderborn
109	Hagen	Kreisfreie Stadt Hagen
110	Ennepe-Ruhr-Kreis I	Vom Ennepe-Ruhr-Kreis die Gemeinden Breckerfeld, Ennepetal, Gevelsberg, Hattingen, Her- decke, Schwelm, Sprockhövel, Wetter (Ruhr) (Übrige Gemeinde s. Wkr. 111)
111	Bochum I — Ennepe-Ruhr-Kreis II	Von der kreisfreien Stadt Bochum die Stadtbezirke 3 Bochum-Nord, 4 Bochum-Ost, 5 Bochum-Süd (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 112) vom Ennepe-Ruhr-Kreis die Gemeinde Witten (Übrige Gemeinden s. Wkr. 110)
112	Bochum II	Von der kreisfreien Stadt Bochum die Stadtbezirke 1 Bochum-Mitte, 2 Bochum-Wattenscheid, 6 Bochum- Südwest (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 111)
113	Herne	Kreisfreie Stadt Herne
114	Dortmund I	Von der kreisfreien Stadt Dortmund die Stadtbezirke Aplerbeck, Hörde, Hombruch, Lütgendortmund (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 115, 116)
115	Dortmund II	Von der kreisfreien Stadt Dortmund die Stadtbezirke Huckarde, Innenstadt-Nord, Innenstadt-Ost, Innen- stadt-West (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 114, 116)
116	Dortmund III	Von der kreisfreien Stadt Dortmund die Stadtbezirke Brackel, Eving, Mengede, Scharnhorst (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 114, 115)
117	Unna I	Vom Kreis Unna die Gemeinden Bönen, Fröndenberg, Holzwickede, Kamen, Lünen, Schwerte, Unna (Übrige Gemeinden s. Wkr. 118)

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
118	Hamm — Unna II	Kreisfreie Stadt Hamm, vom Kreis Unna die Gemeinden Bergkamen, Selm, Werne a. d. Lippe (Übrige Gemeinden s. Wkr. 117)
119	Soest	Kreis Soest
120	Hochsauerlandkreis	Hochsauerlandkreis
121	Siegen	Kreis Siegen
122	Märkischer Kreis I — Olpe	Kreis Olpe, vom Märkischen Kreis die Gemeinden Halver, Herscheid, Kierspe, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Schalksmühle (Übrige Gemeinden s. Wkr. 123)
123	Märkischer Kreis II	Vom Märkischen Kreis die Gemeinden Altena, Balve, Hemer, Iserlohn, Menden (Sauerland), Nachrodt-Wiblingwerde, Neuenrade, Plettenberg, Werdohl (Übrige Gemeinden s. Wkr. 122)
Hessen		
124	Kassel-Land	Landkreis Kassel
125	Kassel-Stadt	Kreisfreie Stadt Kassel
126	Waldeck	Landkreis Waldeck-Frankenberg, vom Schwalm-Eder-Kreis die Gemeinden Edermünde, Felsberg, Fritzlar, Gudensberg, Guxhagen, Körle, Malsfeld, Melsungen, Morschen, Niedenstein, Spangenberg, Wabern (Übrige Gemeinden s. Wkr. 129)
127	Hersfeld	Landkreise Hersfeld-Rotenburg, Werra-Meißner-Kreis
128	Marburg	Landkreis Marburg-Biedenkopf
129	Vogelsberg	Vogelsbergkreis, vom Schwalm-Eder-Kreis die Gemeinden Borken (Hessen), Frielendorf, Gilserberg, Homberg (Efze), Jesberg, Knüllwald, Neumental, Neukirchen, Oberaula, Ottrau, Schrecksbach, Schwalmstadt, Schwarzenborn, Willingshausen, Zwesten (Übrige Gemeinden s. Wkr. 126)

noch Anlage 3

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
130	Fulda	Landkreis Fulda, vom Main-Kinzig-Kreis die Gemeinden Bad Soden-Salmünster, Birstein, Brachtal, Schlüchtern, Sinnatal, Steinau an der Straße, Wächtersbach und der Gutsbezirk Spessart (Übrige Gemeinden s. Wkr. 140)
131	Lahn I	Vom Lahn-Dill-Kreis die Gemeinden Ablar, Biebertal, Bischoffen, Braunfels, Breitscheid, Dietzhölzthal, Dillenburg, Driedorf, Ehringshausen, Eschenburg, Greifenstein, Haiger, Herborn, Hohenahr, Hüttenberg, Langgöns, Leun, Linden, Mittenaar, Pohlheim, Schöffengrund, Siegbach, Sinn, Solms, Waldsolms (Übrige Gemeinden s. Wkr. 132)
132	Lahn II	Kreisfreie Stadt Lahn, vom Lahn-Dill-Kreis die Gemeinden Allendorf (Lumda), Buseck, Fernwald, Grünberg, Hungen, Laubach, Lich, Lollar, Rabenau, Reiskirchen, Staufenberg (Übrige Gemeinden s. Wkr. 131)
133	Hochtaunus	Hochtaunuskreis, vom Landkreis Limburg-Weilburg die Gemeinden Beselich, Löhnberg, Mengerskirchen, Merenberg, Runkel, Villmar, Weilburg, Weilmünster, Weinbach (Übrige Gemeinden s. Wkr. 135)
134	Wetterau	Wetteraukreis
135	Rheingau — Taunus	Rheingau-Taunus-Kreis vom Landkreis Limburg-Weilburg die Gemeinden Brechen, Camberg, Dornburg, Elbtal, Elz, Hadamar, Hünfelden, Limburg a. d. Lahn, Selters (Taunus), Waldbrunn (Westerwald) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 133)
136	Wiesbaden	Kreisfreie Stadt Wiesbaden
137	Frankfurt I — Main-Taunus	Von der kreisfreien Stadt Frankfurt am Main die Ortsteile Höchst, Sindlingen, Sossenheim, Unterliederbach, Zeils- heim (Übrige Ortsteile s. Wkr. 138, 139),
138	Frankfurt II	Main-Taunus-Kreis Von der kreisfreien Stadt Frankfurt am Main die Ortsteile Altstadt, Bahnhofsviertel, Bockenheim, Flughafen, Gallus- viertel, Griesheim, Gutleutviertel, Hausen, Innenstadt, Nied, Nieder- rad, Oberrad, Praunheim, Rödelheim, Sachsenhausen-Nord, Sachsen- hausen-Süd, Schwanheim, Westend-Nord, Westend-Süd (Übrige Ortsteile s. Wkr. 137, 139)

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
139	Frankfurt III	Von der kreisfreien Stadt Frankfurt am Main die Ortsteile Bergen-Enkheim, Berkersheim, Bonames, Bornheim, Dornbusch, Eckenheim, Eschersheim, Fechenheim, Ginnheim, Harheim, Heddernheim, Kalbach, Nieder-Erlenbach, Nieder-Eschbach, Niederursel, Nordend-Ost, Nordend-West, Ostend (einschl. Osthafen), Preungesheim, Riederwald, Seckbach (Übrige Ortsteile s. Wkr. 137, 138)
140	Hanau	Vom Main-Kinzig-Kreis die Gemeinden Bad Orb, Biebergemünd, Bruchköbel, Erlensee, Flörsbachtal, Freigericht, Gelnhausen, Großkrotzenburg, Gründau, Hammersbach, Hanau, Hasselroth, Jossgrund, Langenselbold, Linsengericht, Maintal, Neuberg, Nidderau, Niederdorfelden, Rodenbach, Ronneburg, Schöneck (Übrige Gemeinden s. Wkr. 130)
141	Groß-Gerau	Landkreis Groß-Gerau
142	Offenbach	Kreisfreie Stadt Offenbach am Main, vom Landkreis Offenbach die Gemeinden Dreieich, Egelsbach, Heusenstamm, Langen, Mühlheim am Main, Neu-Isenburg, Obertshausen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 143)
143	Odenwald	Odenwaldkreis, vom Landkreis Darmstadt-Dieburg die Gemeinden Babenhausen, Dieburg, Eppertshausen, Fischbachtal, Groß-Bieberau, Groß-Umstadt, Groß-Zimmern, Münster, Otzberg, Reinheim, Schaafheim (Übrige Gemeinden s. Wkr. 144), vom Landkreis Offenbach die Gemeinden Dietzenbach, Hainburg, Mainhausen, Rodgau, Rödermark, Seligenstadt (Übrige Gemeinden s. Wkr. 142)
144	Darmstadt	Kreisfreie Stadt Darmstadt, vom Landkreis Darmstadt-Dieburg die Gemeinden Alsbach-Hähnlein, Bickenbach, Erzhausen, Griesheim, Messel, Modautal, Mühlthal, Ober-Ramstadt, Pfungstadt, Roßdorf, Seeheim-Jugenheim, Weiterstadt (Übrige Gemeinden s. Wkr. 143)
145	Bergstraße	Landkreis Bergstraße

noch Anlage 3

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
		Rheinland-Pfalz
146	Neuwied	Landkreis Altenkirchen (Westerwald), Neuwied
147	Ahrweiler	Landkreis Ahrweiler, vom Landkreis Mayen-Koblenz die verbandsfreien Gemeinden Andernach, Mayen, die Verbandsgemeinden Andernach-Land (= Gemeinden Kretz, Kruft, Nickenich, Plaidt, Saffig), Maifeld (= Gemeinden Einig, Gappenach, Gering, Gierschnach, Kalt, Kerben, Kollig, Lonnig, Mertloch, Münstermaifeld, Naunheim, Ochtendung, Pillig, Polch, Rüber, Welling, Wierschem), Mayen-Land (=Gemeinden Acht, Anschau, Arft, Baar, Bermel, Boos, Ditscheid, Ettringen, Hausten, Heeresbach, Hirten, Kehrig, Kirchwald, Kottenheim, Langenfeld, Langscheid, Lind, Luxem, Monreal, Münk, Nachtsheim, Reudelsterz, Sankt Johann, Siebenbach, Virneburg, Weiler, Welschenbach), Mendig (= Gemeinden Bell, Mendig, Rieden, Thür, Volkesfeld) (Ubrige Gemeinden s. Wkr. 148)
148	Koblenz	Kreisfreie Stadt Koblenz, vom Landkreis Mayen-Koblenz die verbandsfreie Gemeinde Bendorf, die Verbandsgemeinden Rhens (= Gemeinden Brey, Rhens, Spay, Waldesch), Untermosel (= Gemeinden Alken, Brodenbach, Burgen, Dieblich, Kobern-Gondorf, Lehmen, Löf, Macken, Niederfell, Nörtershausen, Oberfell, Winningen, Wolken), Vallendar (= Gemeinden Niederwerth, Urbar, Vallendar, Weitersburg), Weißenthurm (= Gemeinden Bassenheim, Kaltenengers, Kettig, Mülheim-Kärlich, Sankt Sebastian, Urmitz, Weißenthurm) (Ubrige Gemeinden s. Wkr. 147)
149	Cochem	Landkreise Cochem-Zell, Rhein-Hunsrück-Kreis, vom Landkreis Bernkastel-Wittlich die verbandsfreie Gemeinde Morbach, die Verbandsgemeinden Bernkastel-Kues (= Gemeinden Bernkastel-Kues, Brauneberg, Burgen, Erden, Gornhausen, Graach an der Mosel, Hochscheid, Kesten, Kleineich, Kommen, Lieser, Löslich, Longkamp, Maring-Noviand, Monzelfeld, Mülheim [Mosel], Urzig, Veldenz, Wintrich, Zeltingen-Rachtig),

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
		<p>Neumagen-Dhron (= Gemeinden Minheim, Neumagen-Dhron, Piesport, Trittenheim),</p> <p>Thalfang (= Gemeinden Berglicht, Breit, Büdlich, Burtscheid, Deuselbach, Dhronacken, Etgert, Gielert, Gräfendhron, Heidenburg, Hilscheid, Horath, Immert, Lückenburg, Malborn, Merschbach, Neunkirchen, Rorodt, Schönberg, Talling, Thalfang),</p> <p>Traben-Trarbach (= Gemeinden Burg [Mosel], Enkirch, Irmenach, Lötzbeuren, Starckenburg, Traben-Trarbach)</p> <p>(Übrige Gemeinden s. Wkr. 151)</p>
150	Kreuznach	Landkreise Bad Kreuznach, Birkenfeld
151	Bitburg	<p>Landkreise Bitburg-Prüm, Daun,</p> <p>vom Landkreis Bernkastel-Wittlich</p> <p>die verbandsfreie Gemeinde</p> <p>Wittlich,</p> <p>die Verbandsgemeinden</p> <p>Kröv-Bausendorf (= Gemeinden Bausendorf, Bengel, Diefenbach, Flußbach, Hontheim, Kinderbeuern, Kinheim, Kröv, Reil, Willerscheid),</p> <p>Manderscheid (= Gemeinden Bettenfeld, Dierfeld, Eckfeld, Eisen-schmitt, Gipperath, Greimerath, Großlittgen, Hasborn, Karl, Lau-feld, Manderscheid, Meerfeld, Musweiler, Niederöfflingen, Nie-derscheidweiler, Oberöfflingen, Oberscheidweiler, Pantenburg, Schladt, Schwarzenborn, Wallscheid),</p> <p>Wittlich-Land (= Gemeinden Altrich, Arenrath, Bergweiler, Bins-feld, Bruch, Dierscheid, Dodenburg, Dreis, Esch, Gladbach, Greve-rath, Heckenmünster, Heidweiler, Hetzerath, Hupperath, Klausen, Landscheid, Minderlittgen, Niersbach, Osann-Monzel, Platten, Plein, Rivenich, Salmtal, Sehlem)</p> <p>(Übrige Gemeinden s. Wkr. 149)</p>
152	Trier	<p>Kreisfreie Stadt Trier,</p> <p>Landkreis Trier-Saarburg</p>
153	Montabaur	Rhein-Lahn-Kreis, Westerwaldkreis
154	Mainz	<p>Kreisfreie Stadt Mainz,</p> <p>vom Landkreis Mainz-Bingen</p> <p>die verbandsfreien Gemeinden</p> <p>Bingen, Budenheim, Ingelheim am Rhein</p> <p>die Verbandsgemeinden</p> <p>Bingen-Land (= Gemeinden Bacharach, Breitscheid, Manubach, Münster-Sarmsheim, Niederheimbach, Oberdiebach, Oberheim-bach, Trechtingshausen, Waldalgesheim, Weiler bei Bingen),</p> <p>Gau-Algesheim (= Gemeinden Appenheim, Bubenheim, Engelstadt, Gau-Algesheim, Nieder-Hilbersheim, Ober-Hilbersheim, Ocken-heim, Schwabenheim a. d. Selz),</p>

noch Anlage 3

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
155	Worms	<p>Heidesheim am Rhein (= Gemeinden Heidesheim am Rhein, Wackernheim),</p> <p>Nieder-Olm (= Gemeinden Essenheim, Jugenheim in Rheinhessen, Klein-Winternheim, Nieder-Olm, Ober-Olm, Sörngenloch, Stadeken-Elsheim, Zornheim),</p> <p>Sprendlingen-Gensingen (= Gemeinden Aspisheim, Badenheim, Gensingen, Grolsheim, Horrweiler, Sankt Johann, Sprendlingen, Welgesheim, Wolfsheim, Zotzenheim)</p> <p>(Übrige Gemeinden s. Wkr. 155)</p> <p>Kreisfreie Stadt Worms,</p> <p>Landkreis Alzey-Worms,</p> <p>vom Landkreis Mainz-Bingen</p> <p>die Verbandsgemeinden</p> <p>Bodenheim (= Gemeinden Bodenheim, Gau-Bischofsheim, Harxheim, Lörzweiler, Nackenheim),</p> <p>Guntersblum (= Gemeinden Dolgesheim, Dorn-Dürkheim, Eimsheim, Guntersblum, Hillesheim, Ludwigshöhe, Uelversheim, Weinolsheim, Wintersheim),</p> <p>Nierstein-Oppenheim (= Gemeinden Dalheim, Dexheim, Dienheim, Friesenheim, Hahnheim, Köngernheim, Mommenheim, Nierstein, Oppenheim, Selzen, Undenheim)</p> <p>(Übrige Gemeinden s. Wkr. 154)</p>
156	Frankenthal	<p>Kreisfreie Stadt Frankenthal (Pfalz),</p> <p>Donnersbergkreis,</p> <p>vom Landkreis Bad Dürkheim</p> <p>die verbandsfreie Gemeinde</p> <p>Grünstadt,</p> <p>die Verbandsgemeinden</p> <p>Grünstadt-Land (= Gemeinden Battenberg [Pfalz], Bissersheim, Bockenheim an der Weinstraße, Dirmstein, Ebertsheim, Gerolsheim, Großkarlbach, Kindenheim, Kirchheim an der Weinstraße, Kleinkarlbach, Laumersheim, Mertesheim, Neuleiningen, Obersülzen, Obrigheim [Pfalz], Quirnheim),</p> <p>Hettenleidelheim (= Gemeinden Altleiningen, Carlsberg, Hettenleidelheim, Tiefenthal, Wattenheim)</p> <p>(Übrige Gemeinden s. Wkr. 158),</p> <p>vom Landkreis Ludwigshafen</p> <p>die verbandsfreien Gemeinden</p> <p>Bobenheim-Roxheim, Lambsheim,</p> <p>die Verbandsgemeinden</p> <p>Heßheim (= Gemeinden Beindersheim, Großniedesheim, Heßheim, Heuchelheim b. Frankenthal, Kleinniedesheim),</p> <p>Maxdorf (= Gemeinden Birkenheide, Fußgönheim, Maxdorf)</p> <p>(Übrige Gemeinden s. Wkr. 157, 158)</p>

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
157	Ludwigshafen	<p>Kreisfreie Stadt Ludwigshafen am Rhein, vom Landkreis Ludwigshafen die verbandsfreien Gemeinden Altrip, Böhl-Iggelheim, Limburgerhof, Mutterstadt, Neuhofen, die Verbandsgemeinde Dannstadt-Schauernheim (= Gemeinden Dannstadt-Schauernheim, Hochdorf-Assenheim, Rödersheim-Gronau) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 156, 158)</p>
158	Neustadt — Speyer	<p>Kreisfreie Städte Neustadt an der Weinstraße, Speyer vom Landkreis Bad Dürkheim die verbandsfreien Gemeinden Bad Dürkheim, Haßloch die Verbandsgemeinden Deidesheim (= Gemeinden Deidesheim, Forst an der Weinstraße, Meckenheim, Niederkirchen b. Deidesheim, Ruppertsberg), Freinsheim (= Gemeinden Bobenheim a. Berg, Dackenheim, Erpolz- heim, Freinsheim, Herxheim a. Berg, Kallstadt, Weisenheim a. Berg, Weisenheim a. Sand), Lambrecht (Pfalz) (= Gemeinden Elmstein, Estahl, Frankeneck, Lambrecht [Pfalz], Lindenberg, Neidenfels, Weidenthal), Wachenheim an der Weinstraße (= Gemeinden Ellerstadt, Friedels- heim, Gönnheim, Wachenheim an der Weinstraße) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 156), vom Landkreis Ludwigshafen die verbandsfreien Gemeinden Römerberg, Schifferstadt, die Verbandsgemeinden Dudenhofen (= Gemeinden Dudenhofen, Hanhofen, Harthausen), Waldsee (= Gemeinden Otterstadt, Waldsee) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 156, 157)</p>
159	Kaiserslautern	<p>Kreisfreie Stadt Kaiserslautern, Landkreise Kaiserslautern, Kusel</p>
160	Pirmasens	<p>Kreisfreie Städte Pirmasens, Zweibrücken, Landkreis Pirmasens</p>
161	Landau	<p>Kreisfreie Stadt Landau in der Pfalz, Landkreise Germersheim, Südliche Weinstraße</p>

noch Anlage 3

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
		Baden-Württemberg
162	Stuttgart-Süd	Vom Stadtkreis Stuttgart die Stadtbezirke Birkach mit Kleinhohenheim und Schönberg, Degerloch mit Hoffeld, Hedelfingen mit Lederberg und Rohracker, Möhringen mit Fasanenhof und Sonnenberg, Plieningen mit Asemwald, Hohenheim und Steckfeld, Sillenbuch mit Heumaden und Riedenberg, Stuttgart-Mitte, Stuttgart-Nord, Stuttgart-Süd mit Kaltental, Stuttgart-West mit Rotwildpark, Schwarzwildpark und Solitude, Vaihingen mit Büsnau, Dürrlewang und Rohr (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 163)
163	Stuttgart-Nord	Vom Stadtkreis Stuttgart die Stadtbezirke Bad Cannstatt mit Burgholzhof, Sommerrain und Steinhaldenfeld, Botnang, Feuerbach, Mühlhausen mit Freiberg, Hofen, Mönchfeld und Neugereut, Münster, Obertürkheim mit Uhlbach, Stammheim, Stuttgart-Ost mit Frauenkopf, Untertürkheim mit Luginsland und Rotenberg, Wangen, Weilimdorf mit Bergheim, Giebel, Hausen und Wolfbusch, Zuffenhausen mit Neuwirtshaus, Rot und Zazenhausen (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 162)
164	Böblingen	Landkreis Böblingen
165	Esslingen	Vom Landkreis Esslingen die Gemeinden Aichwald, Denkendorf, Esslingen am Neckar, Neuhäusen auf den Fildern, Ostfildern (Übrige Gemeinden s. Wkr. 166), vom Rems-Murr-Kreis die Gemeinden Berglen, Kernen im Remstal, Plüderhausen, Remshalden, Rudersberg, Schorndorf, Urbach, Weinstadt, Winterbach (Übrige Gemeinden s. Wkr. 168)
166	Nürtingen	Vom Landkreis Esslingen die Gemeinden Altbach, Altdorf, Altenriet, Baltmannsweiler, Bempflingen, Beuren, Bissingen an der Teck, Deizisau, Dettingen unter Teck, Erkenbrechtsweiler, Filderstadt, Frickenhausen, Grötzingen, Großbettlingen, Hochdorf, Holzmaden, Kirchheim unter Teck, Köngen, Kohlberg, Leinfelden-Echterdingen, Lenningen, Lichtenwald, Neckartailfingen, Neckartenzlingen, Neidlingen, Neuffen, Notzingen, Nür-

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
		tingen, Oberboihingen, Ohmden, Owen, Plochingen, Reichenbach an der Fils, Schlaitdorf, Unterensingen, Weilheim an der Teck, Wendlingen am Neckar, Wernau (Neckar), Wolfschlugen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 165)
167	Göppingen	Landkreis Göppingen
168	Waiblingen	Vom Rems-Murr-Kreis die Gemeinden Alfdorf, Allmersbach im Tal, Althütte, Aspach, Auenwald, Backnang, Burgstetten, Fellbach, Großlarch, Kaisersbach, Kirchberg an der Murr, Korb, Leutenbach, Murrhardt, Oppenweiler, Schwaikheim, Spiegelberg, Sulzbach an der Murr, Waiblingen, Weissach im Tal, Welzheim, Winnenden (Übrige Gemeinden s. Wkr. 165)
169	Ludwigsburg	Vom Landkreis Ludwigsburg die Gemeinden Asperg, Ditzingen, Eberdingen, Gerlingen, Hemmingen, Korntal-Münchingen, Kornwestheim, Ludwigsburg, Markgröningen, Möglingen, Oberriexingen, Remseck am Neckar, Schwieberdingen, Sersheim, Vaihingen an der Enz (Übrige Gemeinden s. Wkr. 170)
170	Bietigheim-Bissingen	Vom Landkreis Heilbronn die Gemeinden Abstatt, Bad Rappenau, Beilstein, Brackenheim, Clebronn, Eppingen, Flein, Gemmingen, Güglingen, Ilsfeld, Ittlingen, Kirchardt, Lauffen am Neckar, Leingarten, Massenbachhausen, Neckarwestheim, Nordheim, Pfaffenhofen, Schwaigern, Siegelsbach, Talheim, Untergruppenbach, Zaberfeld (Übrige Gemeinden s. Wkr. 171), vom Landkreis Ludwigsburg die Gemeinden Affalterbach, Benningen am Neckar, Besigheim, Bietigheim-Bissingen, Bönnigheim, Erdmannhausen, Erligheim, Freiberg am Neckar, Freudental, Gemmrigheim, Großbottwar, Hessigheim, Ingersheim, Kirchheim am Neckar, Löchgau, Marbach am Neckar, Mundelsheim, Murr, Oberstenfeld, Pleidelsheim, Sachsenheim, Steinheim an der Murr, Tamm, Walheim (Übrige Gemeinden s. Wkr. 169)
171	Heilbronn	Stadtkreis Heilbronn, vom Landkreis Heilbronn die Gemeinden Bad Friedrichshall, Bad Wimpfen, Eberstadt, Ellhofen, Erlenbach, Gundelsheim, Hardthausen am Kocher, Jagsthausen, Langenbrettach, Lehrensteinfeld, Löwenstein, Möckmühl, Neckarsulm, Neudenau, Neuenstadt am Kocher, Obersulm, Oedheim, Offenau, Roigheim, Untereisesheim, Weinsberg, Widdern, Wüstenrot (Übrige Gemeinden s. Wkr. 170)
172	Main-Tauber — Hohenlohe	Hohenlohekreis, Main-Tauber-Kreis

noch Anlage 3

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
173	Schwäbisch Hall	Landkreis Schwäbisch Hall, vom Ostalbkreis die Gemeinden Abtsgmünd, Bartholomä, Böbingen an der Rems, Durlangen, Eschach, Göggingen, Gschwend, Heubach, Heuchlingen, Iggingen, Leinzell, Lorch, Mögglingen, Mutlangen, Obergröningen, Ruppertshofen, Schechingen, Schwäbisch Gmünd, Spraitbach, Täferrot, Waldstetten (Ubrige Gemeinden s. Wkr. 174)
174	Aalen — Heidenheim	Landkreis Heidenheim, vom Ostalbkreis die Gemeinden Aalen, Adelmansfelden, Bopfingen, Ellenberg, Ellwangen (Jagst), Essingen, Hüttlingen, Jagstzell, Kirchheim am Ries, Lauchheim, Neresheim, Neuler, Oberkochen, Rainau, Riesbürg, Rosenberg, Stöttlen, Tannhausen, Unterschneidheim, Westhausen, Wört (Ubrige Gemeinden s. Wkr. 173)
175	Karlsruhe	Stadtkreis Karlsruhe
176	Ettlingen	Vom Landkreis Karlsruhe die Gemeinden Bretten, Dettenheim, Eggenstein-Leopoldshafen, Ettlingen, Gondelsheim, Graben-Neudorf, Karlsbad, Kraichtal, Kürnbach, Linkenheim-Hochstetten, Malsch, Marzell, Oberderdingen, Pfintztal, Rheinstetten, Stutensee, Sulzfeld, Waldbronn, Walzbachtal, Weingarten (Baden), Zaisenhausen (Ubrige Gemeinden s. Wkr. 182)
177	Rastatt	Stadtkreis Baden-Baden, Landkreis Rastatt
178	Heidelberg	Stadtkreis Heidelberg, vom Rhein-Neckar-Kreis die Gemeinden Brühl, Eppelheim, Ketsch, Oftersheim, Plankstadt, Sandhausen, Schwetzingen (Ubrige Gemeinden s. Wkr. 180, 181, 182)
179	Mannheim	Stadtkreis Mannheim
180	Weinheim	Vom Rhein-Neckar-Kreis die Gemeinden Bammental, Dossenheim, Edingen-Neckarhausen, Eschelbronn, Gaiberg, Heddesbach, Heddesheim, Heiligkreuzsteinach, Hemsbach, Hirschberg an der Bergstraße, Ilvesheim, Ladenburg, Laudenschbach, Leimen, Lobbach, Mauer, Meckesheim, Neckargemünd, Nußloch, Schönau, Schriesheim, Spechbach, Weinheim, Wiesenbach, Wilhelmsfeld (Ubrige Gemeinden s. Wkr. 178, 181, 182)

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
181	Neckar-Odenwald	Neckar-Odenwald-Kreis, vom Rhein-Neckar-Kreis die Gemeinden Angelbachtal, Eberbach, Epfenbach, Helmstadt-Bargen, Neckarbischofsheim, Neidenstein, Reichartshausen, Schönbrunn, Sinsheim, Waibstadt, Zuzenhausen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 178, 180, 182)
182	Bruchsal	Vom Landkreis Karlsruhe die Gemeinden Bad Schönborn, Bruchsal, Forst, Hambrücken, Karls- dorf-Neuthardt, Kronau, Oberhausen-Rheinhausen, Östringen, Phil- ippsburg, Ubstadt-Weiher, Waghäusel (Übrige Gemeinden s. Wkr. 176), vom Rhein-Neckar-Kreis die Gemeinden Altlußheim, Dielheim, Hockenheim, Malsch, Mühl- hausen, Neulußheim, Rauenberg, Reilingen, Sankt Leon-Rot, Wall- dorf, Wiesloch (Übrige Gemeinden s. Wkr. 178, 180, 181)
183	Pforzheim	Stadtkreis Pforzheim, Enzkreis
184	Calw	Landkreise Calw, Freudenstadt
185	Freiburg	Stadtkreis Freiburg im Breisgau vom Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald die Gemeinden Breitenau, Buchenbach, Eisenbach (Hochschwarzwald), Feldberg (Schwarzwald), Friedenweiler, Glottertal, Gundelfingen, Heuweiler, Hinterzarten, Kirchzarten, Lenzkirch, Löffingen, Ober- ried, Sankt Märgen, Sankt Peter, Schluchsee, Stegen, Titisee-Neu- stadt (Übrige Gemeinden s. Wkr. 186)
186	Breisgau	Vom Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald die Gemeinden Au, Auggen, Bad Krozingen, Badenweiler, Ballrechten- Dottingen, Bötzingen, Bollschweil, Breisach am Rhein, Buggingen, Ebringen, Ehrenkirchen, Eichstetten, Eschbach, Gottenheim, Hart- heim, Heitersheim, Horben, Ihringen, March, Merdingen, Merzhau- sen, Müllheim, Münstertal/Schwarzwald, Neuenburg am Rhein, Pfaf- fenweiler, Schallstadt, Sölden, Staufen im Breisgau, Sulzburg, Um- kirch, Vogtsburg im Kaiserstuhl, Wittnau (Übrige Gemeinden s. Wkr. 185), vom Landkreis Lörrach die Gemeinden Aitern, Bad Bellingen, Binzen, Böllen, Bürcchau, Efrin- gen-Kirchen, Eimeldingen, Elbenschwand, Fischingen, Frönd, Hög- Ehrsberg, Hasel, Hausen im Wiesental, Kandern, Malsburg-Marzell, Maulburg, Neuenweg, Raich, Rümplingen, Sallneck, Schallbach, Schliengen, Schönau im Schwarzwald, Schönenberg, Schopfheim, Steinen, Tegernau, Todtnau, Tunau, Utzenfeld, Weil am Rhein, Wembach, Wieden, Wies, Wieslet, Wittlingen, Zell im Wiesental (Übrige Gemeinden s. Wkr. 192)

noch Anlage 3

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
187	Emmendingen	Landkreis Emmendingen, vom Ortenaukreis die Gemeinden Ettenheim, Fischerbach, Friesenheim, Gutach (Schwarzwaldbahn), Haslach im Kinzigtal, Hausach, Hofstetten, Hornberg, Kappel-Grafenhausen, Kippenheim, Lahr, Mahlberg, Meißenheim, Mühlenbach, Oberwolfach, Ringsheim, Rust, Schuttertal, Schwanau, Seelbach, Steinach, Wolfach (Übrige Gemeinden s. Wkr. 188)
188	Offenburg	Vom Ortenaukreis die Gemeinden Achern, Appenweier, Bad Peterstal-Griesbach, Berghaupten, Biberach, Durbach, Gengenbach, Hohberg, Kappelrodeck, Kehl, Lauf, Lautenbach, Neuried, Nordrach, Oberharmersbach, Oberkirch, Offenburg, Ohlsbach, Oppenau, Ortenberg, Ottenhöfen im Schwarzwald, Renchen, Rheinau, Sasbach, Sasbachwalden, Schutterwald, Seebach, Willstätt, Zell am Harmersbach (Übrige Gemeinden s. Wkr. 187)
189	Rottweil	Landkreise Rottweil, Tuttlingen
190	Schwarzwald-Baar	Schwarzwald-Baar-Kreis
191	Konstanz	Landkreis Konstanz
192	Lörrach — Waldshut	Landkreis Waldshut, vom Landkreis Lörrach die Gemeinden Grenzach-Wyhlen, Inzlingen, Lörrach, Rheinfeld (Baden), Schwörstadt (Übrige Gemeinden s. Wkr. 186)
193	Reutlingen	Landkreis Reutlingen
194	Tübingen	Landkreis Tübingen, vom Zollernalbkreis die Gemeinden Bisingen, Burladingen, Grosselfingen, Hechingen, Jungingen, Rangendingen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 198)
195	Ulm	Stadtkreis Ulm, Alb-Donau-Kreis
196	Biberach	Landkreis Biberach, vom Landkreis Ravensburg die Gemeinden Achberg, Aichstetten, Aitrach, Amtzell, Argenbühl, Bad Waldsee, Bad Wurzach, Bergatreute, Isny im Allgäu, KiBlegg, Leutkirch im Allgäu, Vogt, Wangen im Allgäu, Wolfegg (Übrige Gemeinden s. Wkr. 197)

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
197	Bodensee	Bodenseekreis, vom Landkreis Ravensburg die Gemeinden Altshausen, Aulendorf, Baienfurt, Baidt, Berg, Bodnegg, Boms, Ebenweiler, Ebersbach-Musbach, Eichstegen, Fleischwangen, Fronreute, Grünkraut, Guggenhausen, Horgenzell, Hoßkirch, Königseggwald, Ravensburg, Riedhausen, Schlier, Unter- waldhausen, Waldburg, Weingarten, Wilhelmsdorf, Wolpertswende (Übrige Gemeinden s. Wkr. 196)
198	Sigmaringen	Landkreis Sigmaringen, vom Zollernalbkreis die Gemeinden Albstadt, Balingen, Bitz, Dautmergen, Dormettingen, Dotternhausen, Geislingen, Haigerloch, Hausen am Tann, Meß- stetten, Nusplingen, Obernheim, Ratshausen, Rosenfeld, Schömberg, Straßberg, Weilen unter den Rinnen, Winterlingen, Zimmern unter der Burg (Übrige Gemeinden s. Wkr. 194)
Bayern		
199	Altötting	Landkreise Altötting, Ebersberg, Mühldorf a. Inn
200	Bad Tölz	Landkreise Bad Tölz-Wolfratshausen, Garmisch-Partenkirchen, Miesbach
201	Freising	Landkreise Erding, Freising, Pfaffenhofen a. d. Ilm
202	Fürstenfeldbruck	Landkreise Dachau, Fürstenfeldbruck
203	Ingolstadt	Kreisfreie Stadt Ingolstadt, Landkreise Eichstätt, Neuburg-Schrobenhausen
204	München-Mitte	Von der kreisfreien Stadt München die Stadtbezirke 1, 5 bis 13, 19, 21, 26 (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 205, 206, 207, 208)
205	München-Nord	Von der kreisfreien Stadt München die Stadtbezirke 22, 27, 28, 33 (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 204, 206, 207, 208)
206	München-Ost	Von der kreisfreien Stadt München die Stadtbezirke 14, 16, 29 bis 32 (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 204, 205, 207, 208)
207	München-Süd	Von der kreisfreien Stadt München die Stadtbezirke 17, 18, 24, 34, 36, 41 (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 204, 205, 206, 208)
208	München-West	Von der kreisfreien Stadt München die Stadtbezirke 20, 23, 25, 35, 37 bis 40 (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 204, 205, 206, 207)

noch Anlage 3

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
209	München-Land	Landkreis München
210	Rosenheim	Kreisfreie Stadt Rosenheim, Landkreis Rosenheim
211	Traunstein	Landkreise Berchtesgadener Land, Traunstein
212	Weilheim	Landkreise Landsberg a. Lech, Starnberg, Weilheim-Schongau
213	Deggendorf	Landkreise Deggendorf, Freyung-Grafenau
214	Landshut	Kreisfreie Stadt Landshut, Landkreise Kelheim, Landshut
215	Passau	Kreisfreie Stadt Passau, Landkreis Passau
216	Rottal-Inn	Landkreise Dingolfing-Landau, Rottal-Inn
217	Straubing	Kreisfreie Stadt Straubing, Landkreise Regen, Straubing-Bogen
218	Amberg	Kreisfreie Stadt Amberg, Landkreise Amberg-Sulzbach, Neumarkt i. d. OPf.
219	Regensburg	Kreisfreie Stadt Regensburg, Landkreis Regensburg
220	Schwandorf	Landkreise Cham, Schwandorf
221	Weiden	Kreisfreie Stadt Weiden i. d. OPf., Landkreise Neustadt a. d. Waldnaab, Tirschenreuth
222	Bamberg	Kreisfreie Stadt Bamberg, Landkreis Bamberg
223	Bayreuth	Kreisfreie Stadt Bayreuth, Landkreis Forchheim, vom Landkreis Bayreuth die Gemeinden Ahorntal, Eckersdorf, Pegnitz, Pottenstein, Speichersdorf, die Verwaltungsgemeinschaften Betzenstein (= Gemeinden Betzenstein, Plech), Creußen (= Gemeinden Creußen, Haag, Prebitz, Schnabelwaid), Mistelbach (= Gemeinden Gesees, Hummeltal, Mistelbach), Weidenberg (= Gemeinden Emtmannsberg, Kirchenpingarten, Sey- bothenreuth, Weidenberg) (Ubrige Gemeinden s. Wkr. 226)

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
224	Coburg	Kreisfreie Stadt Coburg, Landkreise Coburg, Lichtenfels
225	Hof	Kreisfreie Stadt Hof, Landkreise Hof, Wunsiedel i. Fichtelgebirge
226	Kulmbach	Landkreise Kronach, Kulmbach, vom Landkreis Bayreuth die Gemeinden Bad Berneck i. Fichtelgebirge, Bindlach, Bischofsgrün, Gefrees, Goldkronach, Heinersreuth, Waischenfeld, Warmensteinach, die Verwaltungsgemeinschaften Fichtelberg (= Gemeinden Fichtelberg, Mehlmeisel), Hollfeld (= Gemeinden Aufseß, Hollfeld, Plankenfels), Mistelgau (= Gemeinden Glashütten, Mistelgau) (Ubrige Gemeinden s. Wkr. 223)
227	Ansbach	Kreisfreie Stadt Ansbach, Landkreis Ansbach
228	Erlangen	Kreisfreie Stadt Erlangen, Landkreis Erlangen-Höchstadt, vom Landkreis Nürnberger Land die Gemeinden Hersbruck, Kirchensittenbach, Lauf a. d. Pegnitz, Neuhaus a. d. Pegnitz, Pommelsbrunn, Röthenbach a. d. Pegnitz, Rückersdorf, Schnaittach, Schwaig b. Nürnberg, Simmelsdorf, die Verwaltungsgemeinschaften Happurg (= Gemeinden Alfeld, Happurg), Neunkirchen a. Sand (= Gemeinden Neunkirchen a. Sand, Ottensoos, Reichenschwand), Velden (= Gemeinden Hartenstein, Velden, Vorra) (Ubrige Gemeinden s. Wkr. 232)
229	Fürth	Kreisfreie Stadt Fürth, Landkreise Fürth, Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim
230	Nürnberg-Nord	Von der kreisfreien Stadt Nürnberg die Bezirke 01 bis 03, 05 bis 13, 23 bis 30, 70 bis 87, 90 bis 95 (Ubrige Bezirke s. Wkr. 231)
231	Nürnberg-Süd	Von der kreisfreien Stadt Nürnberg die Bezirke 04, 14 bis 22, 31 bis 38, 40 bis 55, 60 bis 65, 96, 97 (Ubrige Bezirke s. Wkr. 230)

noch Anlage 3

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
232	Roth	Kreisfreie Stadt Schwabach, Landkreise Roth, Weißenburg-Gunzenhausen, vom Landkreis Nürnberger Land die Gemeinden Altdorf b. Nürnberg, Burgthann, Feucht, Leinburg, Schwarzenbruck, Winkelhaid, die Verwaltungsgemeinschaft Henfenfeld (= Gemeinden Engelthal, Henfenfeld, Offenhausen) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 228)
233	Aschaffenburg	Kreisfreie Stadt Aschaffenburg, Landkreis Aschaffenburg
234	Bad Kissingen	Landkreise Bad Kissingen, Haßberge, Rhön-Grabfeld
235	Main-Spessart	Landkreise Main-Spessart, Miltenberg
236	Schweinfurt	Kreisfreie Stadt Schweinfurt, Landkreise Kitzingen, Schweinfurt
237	Würzburg	Kreisfreie Stadt Würzburg, Landkreis Würzburg
238	Augsburg-Stadt	Kreisfreie Stadt Augsburg
239	Augsburg-Land	Landkreise Aichach-Friedberg, Augsburg
240	Donau-Ries	Landkreise Dillingen a. d. Donau, Donau-Ries
241	Neu-Ulm	Landkreise Günzburg, Neu-Ulm, vom Landkreis Unterallgäu die Verwaltungsgemeinschaften Babenhausen (= Gemeinden Babenhausen, Egg a. d. Günz, Kettershäuser, Kirchhaslach, Oberschöneegg, Winterrieden), Boos (= Gemeinden Boos, Fellheim, Heimertingen, Niederrieden, Pleß), Pfaffenhausen (= Gemeinden Breitenbrunn, Oberrieden, Pfaffenhausen, Salgen) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 243)
242	Oberallgäu	Kreisfreie Stadt Kempten (Allgäu) Landkreise Lindau (Bodensee), Oberallgäu

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
243	Ostallgäu	<p>Kreisfreie Städte Kaufbeuren, Memmingen, Landkreis Ostallgäu, vom Landkreis Unterallgäu die Gemeinden Bad Wörishofen, Buxheim, Ettringen, Markt Rettenbach, Mindelheim, die Verwaltungsgemeinschaften Dirlewang (= Gemeinden Apfeltrach, Dirlewang, Stetten, Unteregg), Erkheim (= Gemeinden Erkheim, Kammlach, Lauben, Sontheim, Westerheim), Grönenbach (= Gemeinden Grönenbach, Wolfertschwenden, Woringen), Illerwinkel (= Gemeinden Kronburg, Lautrach, Legau), Kirchheim i. Schw. (= Gemeinden Eppishausen, Kirchheim i. Schw.), Memmingerberg (= Gemeinden Benningen, Holzgünz, Lachen, Memmingerberg, Trunkelsberg, Ungerhausen), Ottobeuren (= Gemeinden Böhen, Hawangen, Ottobeuren), Türkheim (= Gemeinden Amberg, Rammingen, Türkheim, Wiedergeltingen), Tussenhausen (= Gemeinden Markt Wald, Tussenhausen) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 241)</p> <p>Saarland</p>
244	Saarbrücken I	<p>Vom Stadtverband Saarbrücken die Gemeinden Kleinblittersdorf, Saarbrücken (Übrige Gemeinden s. Wkr. 245)</p>
245	Saarbrücken II	<p>Vom Stadtverband Saarbrücken die Gemeinden Friedrichsthal, Großrosseln, Heusweiler, Püttlingen, Quierschied, Riegelsberg, Sulzbach/Saar, Völklingen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 244), vom Landkreis Saarlouis die Gemeinden Schwalbach/Saar, Wadgassen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 246, 247)</p>
246	Saarlouis	<p>Landkreis Merzig-Wadern, vom Landkreis Saarlouis die Gemeinden Dillingen/Saar, Nalbach, Rehlingen, Saarlouis, Saarewellingen, Überherrn, Wallerfangen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 245, 247)</p>

noch Anlage 3

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
247	Sankt Wendel	Landkreis Sankt Wendel, vom Landkreis Neunkirchen die Gemeinden Eppelborn, Illingen, Merchweiler, Ottweiler, Schiffweiler (Übrige Gemeinden s. Wkr. 248), vom Landkreis Saarlouis die Gemeinden Lebach, Schmelz (Übrige Gemeinden s. Wkr. 245, 246)
248	Homburg	Saar-Pfalz-Kreis, vom Landkreis Neunkirchen die Gemeinden Neunkirchen/Saar, Spiesen-Elversberg (Übrige Gemeinden s. Wkr. 247)

Karte der gegenwärtigen Wahlkreise
für die Wahl zum Bundestag der Bundesrepublik Deutschland
mit Änderungsvorschlägen der Wahlkreiskommission vom 17.05.1978

Schleswig-Holstein und Hamburg

Stand der Verwaltungsgrenzen 1.5.1978



Verzeichnis der gegenwärtigen Wahlkreise

Schleswig-Holstein

- 1 Flensburg – Schleswig
- 2 Nordfriesland – Dithmarschen-Nord
- 3 Steinburg – Dithmarschen-Süd
- 4 Rendsburg – Eckernförde
- 5 Kiel
- 6 Plön – Neumünster
- 7 Pinneberg
- 8 Segeberg – Stormarn-Nord
- 9 Ostholstein
- 10 Herzogtum Lauenburg – Stormarn-Süd
- 11 Lübeck

Freie und Hansestadt Hamburg

- 12 Hamburg-Mitte
- 13 Altona
- 14 Elmsbüttel
- 15 Hamburg-Nord I
- 16 Hamburg-Nord II
- 17 Wandsbek
- 18 Bergedorf
- 19 Harburg

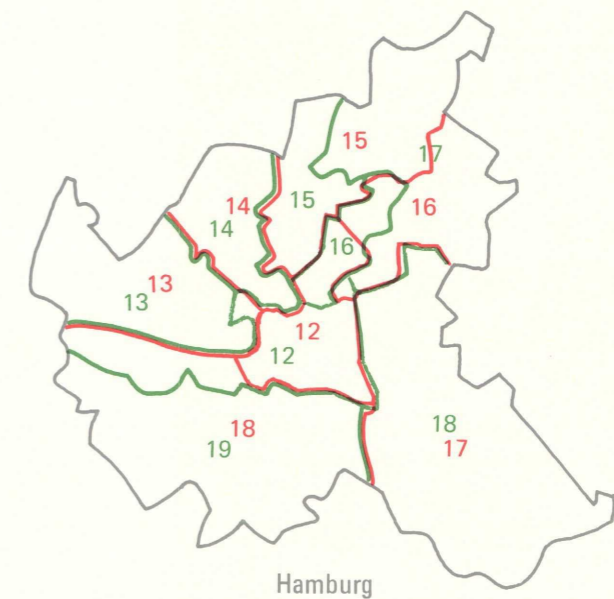
Verzeichnis der vorgeschlagenen Wahlkreise

Schleswig-Holstein

wie gegenwärtig

Freie und Hansestadt Hamburg

- 12 Hamburg-Mitte
- 13 Hamburg-Altona
- 14 Hamburg-Eimsbüttel
- 15 Hamburg-Nord
- 16 Hamburg-Wandsbek
- 17 Hamburg-Bergedorf
- 18 Hamburg-Harburg



Karte der gegenwärtigen Wahlkreise
für die Wahl zum Bundestag der Bundesrepublik Deutschland
mit Änderungsvorschlägen der Wahlkreiskommission vom 17.05.1978

Niedersachsen und Bremen

Stand der Verwaltungsgrenzen 1.5.1978



— Grenze der gegenwärtigen Wahlkreise
25 Nummer der gegenwärtigen Wahlkreise
— Grenze der vorgeschlagenen Wahlkreise
25 Nummer der vorgeschlagenen Wahlkreise

Verzeichnis der gegenwärtigen Wahlkreise

- Niedersachsen
- 19 Aurich – Emden
 - 20 Emden – Leer
 - 21 Wilhelmshaven
 - 22 Oldenburg
 - 23 Delmenhorst – Wesermarsch
 - 24 Cuxhaven
 - 25 Stade
 - 26 Emsland
 - 27 Cloppenburg
 - 28 Hoya
 - 29 Verden
 - 30 Soltau – Harburg
 - 31 Lüneburg – Lüchow-Dannenberg
 - 32 Lingen
 - 33 Osnabrück
 - 34 Nienburg
 - 35 Schaumburg
 - 36 Hannover I
 - 37 Hannover II
 - 38 Hannover III
 - 39 Celle
 - 40 Gifhorn
 - 41 Hameln – Springe
 - 42 Holzminden
 - 43 Hildesheim
 - 44 Salzgitter
 - 45 Braunschweig
 - 46 Helmstedt – Wolfsburg
 - 47 Goslar – Wolfenbüttel
 - 48 Northeim
 - 49 Göttingen

Verzeichnis der vorgeschlagenen Wahlkreise

- Niedersachsen
- 19 Aurich – Emden
 - 20 Unterems
 - 21 Friesland – Wilhelmshaven
 - 22 Oldenburg – Ammerland
 - 23 Delmenhorst – Wesermarsch
 - 24 Cuxhaven
 - 25 Stade
 - 26 Mittelems
 - 27 Cloppenburg – Vechta
 - 28 Diepholz
 - 29 Verden
 - 30 Soltau – Rotenburg
 - 31 Lüneburg – Lüchow-Dannenberg
 - 32 Osnabrück-Land
 - 33 Osnabrück
 - 34 Nienburg – Schaumburg
 - 35 Harburg
 - 36 Stadt Hannover I
 - 37 Stadt Hannover II
 - 38 Hannover-Land I
 - 39 Celle – Uelzen
 - 40 Gifhorn – Peine
 - 41 Hameln – Holzminden
 - 42 Hannover-Land II
 - 43 Hildesheim
 - 44 Salzgitter – Wolfenbüttel
 - 45 Braunschweig
 - 46 Helmstedt – Wolfsburg
 - 47 Goslar
 - 48 Northeim – Osterode
 - 49 Göttingen

Freie Hansestadt Bremen

- 50 Bremen-Ost
- 51 Bremen-West
- 52 Bremerhaven – Bremen-Nord

Freie Hansestadt Bremen

- 50 Bremen-Ost
- 51 Bremen-West
- 52 Bremerhaven – Bremen-Nord

Karte der gegenwärtigen Wahlkreise
für die Wahl zum Bundestag der Bundesrepublik Deutschland
mit Änderungsverschlügen der Wahlkreiskommission vom 17.05.1978

Nordrhein-Westfalen
Stand der Verwaltungsgrenzen 1.5.1978

- Grenze der gegenwärtigen Wahlkreise
- 53 Nummer der gegenwärtigen Wahlkreise
- Grenze der vorgeschlagenen Wahlkreise
- 53 Nummer der vorgeschlagenen Wahlkreise



Verzeichnis der gegenwärtigen Wahlkreise

- 53 Aachen-Stadt
- 54 Aachen-Land
- 55 Heinsberg
- 56 Düren
- 57 Euskirchen – Erftkreis I
- 58 Erftkreis II
- 59 Köln I
- 60 Köln II
- 61 Köln III
- 62 Köln IV
- 63 Bonn
- 64 Rhein-Sieg-Kreis I
- 65 Oberbergischer Kreis – Rhein-Sieg-Kreis II
- 66 Rheinisch-Bergischer Kreis
- 67 Leverkusen – Opladen
- 68 Remscheid
- 69 Wuppertal I
- 70 Wuppertal II
- 71 Solingen
- 72 Düsseldorf-Mettmann I
- 73 Düsseldorf-Mettmann II
- 74 Düsseldorf I
- 75 Düsseldorf II
- 76 Düsseldorf III
- 77 Neuss – Grevenbroich I
- 78 Rheydt – Grevenbroich II
- 79 Mönchengladbach
- 80 Krefeld
- 81 Kempen-Krefeld
- 82 Moers
- 83 Kleve
- 84 Dinslaken
- 85 Oberhausen
- 86 Mülheim
- 87 Essen I
- 88 Essen II
- 89 Essen III
- 90 Duisburg I
- 91 Duisburg II
- 92 Ahaus – Bocholt
- 93 Tecklenburg
- 94 Beckum – Warendorf
- 95 Münster
- 96 Steinfurt – Coesfeld
- 97 Gelsenkirchen I
- 98 Gelsenkirchen II
- 99 Recklinghausen-Land
- 100 Recklinghausen-Stadt
- 101 Bottrop – Gladbeck
- 102 Höxter
- 103 Bielefeld I
- 104 Bielefeld II
- 105 Detmold – Lippe
- 106 Paderborn – Wiedenbrück
- 107 Herford
- 108 Minden
- 109 Lüdinghausen
- 110 Wanne-Eickel – Wattenscheid
- 111 Herne – Castrop-Rauxel
- 112 Ennepe-Ruhr-Kreis
- 113 Hagen
- 114 Dortmund I
- 115 Dortmund II
- 116 Dortmund III
- 117 Bochum
- 118 Bochum – Witten
- 119 Iserlohn
- 120 Lippstadt – Brilon
- 121 Olpe – Meschede
- 122 Arnsberg – Soest
- 123 Unna
- 124 Lüdenscheid
- 125 Siegen – Wittgenstein

Verzeichnis der vorgeschlagenen Wahlkreise

- 53 Aachen
- 54 Kreis Aachen
- 55 Heinsberg
- 56 Düren
- 57 Erftkreis I
- 58 Euskirchen – Erftkreis II
- 59 Köln I
- 60 Köln II
- 61 Köln III
- 62 Köln IV
- 63 Leverkusen – Rheinisch-Bergischer Kreis I
- 64 Rheinisch-Bergischer Kreis II
- 65 Oberbergischer Kreis
- 66 Rhein-Sieg-Kreis I
- 67 Rhein-Sieg-Kreis II
- 68 Bonn
- 69 Wuppertal I
- 70 Wuppertal II
- 71 Solingen – Remscheid
- 72 Mettmann I
- 73 Mettmann II
- 74 Düsseldorf I
- 75 Düsseldorf II
- 76 Düsseldorf III
- 77 Neuss I
- 78 Neuss II
- 79 Mönchengladbach
- 80 Viersen
- 81 Krefeld
- 82 Kleve
- 83 Wesel I
- 84 Wesel II
- 85 Duisburg I
- 86 Duisburg II
- 87 Oberhausen
- 88 Mülheim
- 89 Essen I
- 90 Essen II
- 91 Essen III
- 92 Recklinghausen I
- 93 Recklinghausen II
- 94 Gelsenkirchen I
- 95 Gelsenkirchen II – Recklinghausen III
- 96 Bottrop – Recklinghausen IV
- 97 Borken
- 98 Coesfeld – Steinfurt I
- 99 Steinfurt II
- 100 Münster
- 101 Warendorf
- 102 Gütersloh – Bielefeld II
- 103 Bielefeld I
- 104 Herford
- 105 Minden-Lübbecke
- 106 Lippe I
- 107 Höxter – Lippe II
- 108 Paderborn
- 109 Hagen
- 110 Ennepe-Ruhr-Kreis I
- 111 Bochum I – Ennepe-Ruhr-Kreis II
- 112 Bochum II
- 113 Herne
- 114 Dortmund I
- 115 Dortmund II
- 116 Dortmund III
- 117 Unna I
- 118 Hamm – Unna II
- 119 Soest
- 120 Hochsauerlandkreis
- 121 Siegen
- 122 Märkischer Kreis I – Olpe
- 123 Märkischer Kreis II

Karte der gegenwärtigen Wahlkreise für die Wahl zum Bundestag der Bundesrepublik Deutschland mit Änderungsvorschlägen der Wahlkreiskommission vom 17.05.1978

Hessen

Stand der Verwaltungsgrenzen 1.5.1978



Verzeichnis der gegenwärtigen Wahlkreise

- 126 Waldeck
- 127 Kassel
- 128 Werra – Meißner
- 129 Fritzlar
- 130 Hersfeld
- 131 Marburg
- 132 Wetzlar
- 133 Gießen
- 134 Fulda
- 135 Hochtaunus
- 136 Wetterau
- 137 Limburg
- 138 Wiesbaden
- 139 Hanau
- 140 Frankfurt (Main) I – Main-Taunus
- 141 Frankfurt (Main) II
- 142 Frankfurt (Main) III
- 143 Groß-Gerau
- 144 Offenbach
- 145 Darmstadt
- 146 Dieburg
- 147 Bergstraße

Verzeichnis der vorgeschlagenen Wahlkreise

- 124 Kassel-Land
- 125 Kassel-Stadt
- 126 Waldeck
- 127 Hersfeld
- 128 Marburg
- 129 Vogelsbergkreis
- 130 Fulda
- 131 Lahn I
- 132 Lahn II
- 133 Hochtaunus
- 134 Wetterau
- 135 Rheingau-Taunus
- 136 Wiesbaden
- 137 Frankfurt I – Main-Taunus
- 138 Frankfurt II
- 139 Frankfurt III
- 140 Hanau
- 141 Groß-Gerau
- 142 Offenbach
- 143 Odenwald
- 144 Darmstadt
- 145 Bergstraße

- Grenze der gegenwärtigen Wahlkreise
- 140 Nummer der gegenwärtigen Wahlkreise
- Grenze der vorgeschlagenen Wahlkreise
- 140 Nummer der vorgeschlagenen Wahlkreise

Frankfurt am Main – Offenbach am Main

Karte der gegenwärtigen Wahlkreise

für die Wahl zum Bundestag der Bundesrepublik Deutschland
mit Änderungsvorschlägen der Wahlkreis-Kommission vom 17.05.1978

Rheinland-Pfalz

Stand der Verwaltungsgrenzen 1.5.1978



Verzeichnis der gegenwärtigen Wahlkreise

- 148 Neuwied
- 149 Ahrweiler
- 150 Koblenz
- 151 Cochem
- 152 Kreuznach
- 153 Bitburg
- 154 Trier
- 155 Montabaur
- 156 Mainz
- 157 Worms
- 158 Frankenthal
- 159 Ludwigshafen
- 160 Neustadt – Speyer
- 161 Kaiserslautern
- 162 Pirmasens
- 163 Landau

Verzeichnis der vorgeschlagenen Wahlkreise

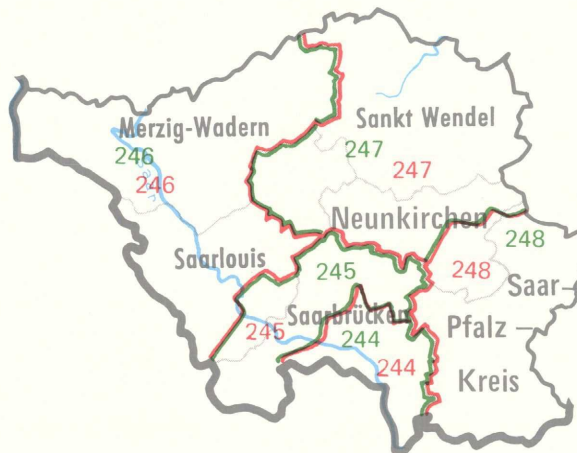
- 146 Neuwied
- 147 Ahrweiler
- 148 Koblenz
- 149 Cochem
- 150 Kreuznach
- 151 Bitburg
- 152 Trier
- 153 Montabaur
- 154 Mainz
- 155 Worms
- 156 Frankenthal
- 157 Ludwigshafen
- 158 Neustadt – Speyer
- 159 Kaiserslautern
- 160 Pirmasens
- 161 Landau

- Grenze der gegenwärtigen Wahlkreise
- 148 Nummer der gegenwärtigen Wahlkreise
- Grenze der vorgeschlagenen Wahlkreise
- 146 Nummer der vorgeschlagenen Wahlkreise

Karte der gegenwärtigen Wahlkreise für die Wahl zum Bundestag der Bundesrepublik Deutschland mit Änderungsvorschlägen der Wahlkreiskommission vom 17.05.1978

Saarland

Stand der Verwaltungsgrenzen 1.5.1978



Verzeichnis der gegenwärtigen Wahlkreise

- 244 Saarbrücken I
- 245 Saarbrücken II
- 246 Saarlouis
- 247 Sankt Wendel
- 248 Homburg

Verzeichnis der vorgeschlagenen Wahlkreise

- 244 Saarbrücken I
- 245 Saarbrücken II
- 246 Saarlouis
- 247 Sankt Wendel
- 248 Homburg

- Grenze der gegenwärtigen Wahlkreise
- 244 Nummer der gegenwärtigen Wahlkreise
- Grenze der vorgeschlagenen Wahlkreise
- 244 Nummer der vorgeschlagenen Wahlkreise

Karte der gegenwärtigen Wahlkreise für die Wahl zum Bundestag der Bundesrepublik Deutschland mit Änderungsvorschlägen der Wahlkreiskommission vom 17.05.1978

Baden-Württemberg

Stand der Verwaltungsgrenzen 1.5.1978



Verzeichnis der gegenwärtigen Wahlkreise

- 164 Stuttgart I
- 165 Stuttgart II
- 166 Stuttgart III
- 167 Ludwigsburg
- 168 Heilbronn
- 169 Leonberg – Vaihingen
- 170 Nürtingen
- 171 Esslingen
- 172 Göppingen
- 173 Ulm
- 174 Aalen – Heidenheim
- 175 Schwäbisch Gmünd – Backnang
- 176 Crailsheim
- 177 Waiblingen
- 178 Karlsruhe
- 179 Mannheim I
- 180 Mannheim II
- 181 Heidelberg-Stadt
- 182 Pforzheim – Karlsruhe-Land I
- 183 Bruchsal – Karlsruhe-Land II
- 184 Heidelberg-Land – Sinsheim
- 185 Tauberbischofsheim
- 186 Konstanz
- 187 Donaueschingen
- 188 Waldshut
- 189 Lörrach – Müllheim
- 190 Freiburg
- 191 Emmendingen – Wolfach
- 192 Offenburg
- 193 Rastatt
- 194 Reutlingen
- 195 Calw
- 196 Rottweil
- 197 Balingen
- 198 Biberach
- 199 Ravensburg

Verzeichnis der vorgeschlagenen Wahlkreise

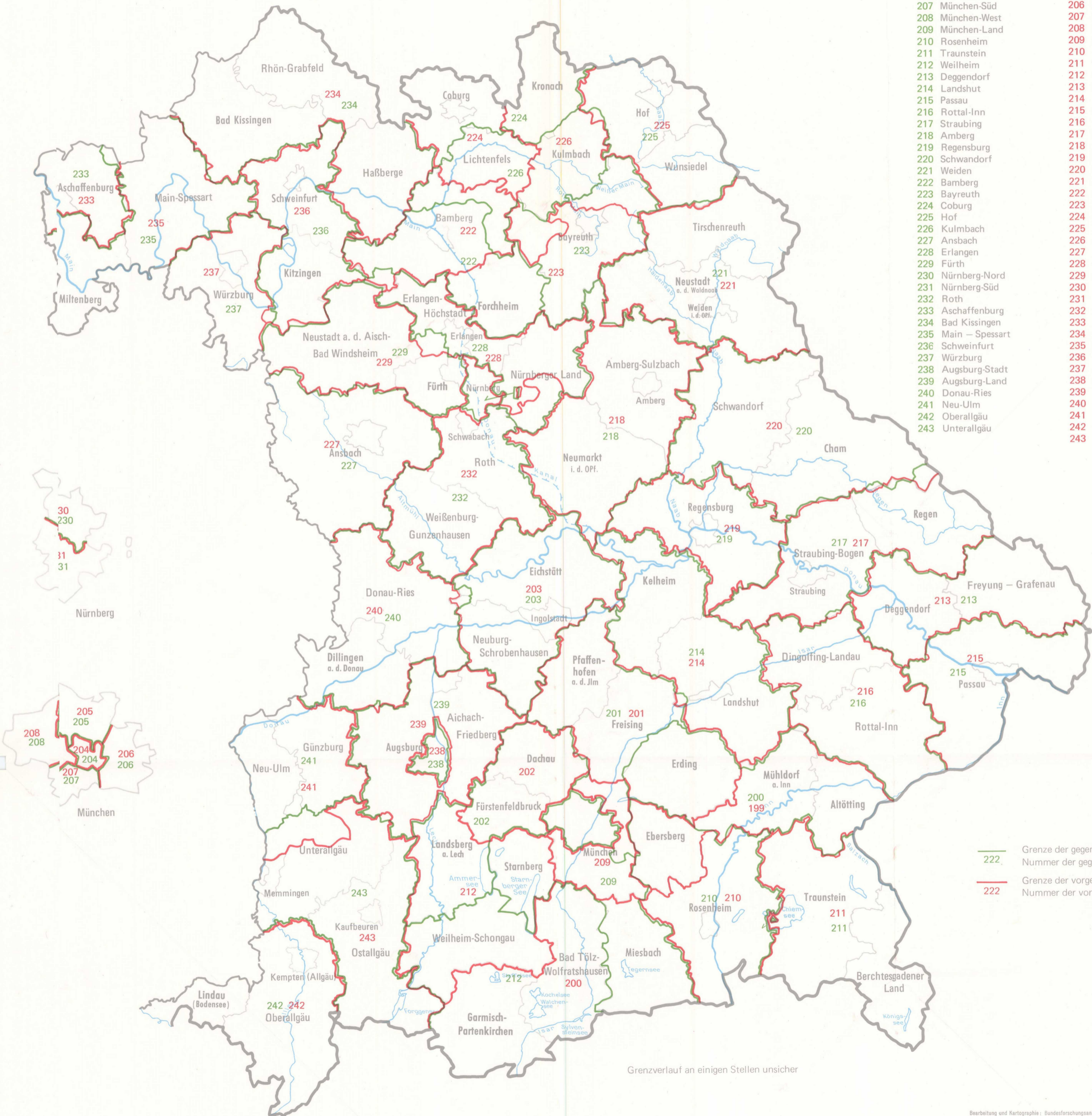
- 162 Stuttgart-Süd
- 163 Stuttgart-Nord
- 164 Böblingen
- 165 Esslingen
- 166 Nürtingen
- 167 Göppingen
- 168 Waiblingen
- 169 Ludwigsburg
- 170 Bietigheim-Bissingen
- 171 Heilbronn
- 172 Main-Tauber – Hohenlohe
- 173 Schwäbisch Hall
- 174 Aalen – Heidenheim
- 175 Karlsruhe
- 176 Ettlingen
- 177 Rastatt
- 178 Heidelberg
- 179 Mannheim
- 180 Weinheim
- 181 Neckar-Odenwald
- 182 Bruchsal
- 183 Pforzheim
- 184 Calw
- 185 Freiburg
- 186 Breisgau
- 187 Emmendingen
- 188 Offenburg
- 189 Rottweil
- 190 Schwarzwald-Baar
- 191 Konstanz
- 192 Lörrach – Waldshut
- 193 Reutlingen
- 194 Tübingen
- 195 Ulm
- 196 Biberach
- 197 Bodensee
- 198 Sigmaringen

— Grenze der gegenwärtigen Wahlkreise
188 Nummer der gegenwärtigen Wahlkreise
— Grenze der vorgeschlagenen Wahlkreise
188 Nummer der vorgeschlagenen Wahlkreise

Karte der gegenwärtigen Wahlkreise für die Wahl zum Bundestag der Bundesrepublik Deutschland mit Änderungsvorschlägen der Wahlkreis-Kommission vom 17.05.1978

Bayern

Stand der Verwaltungsgrenzen 1.5.1978



Verzeichnis der gegenwärtigen Wahlkreise	Verzeichnis der vorgeschlagenen Wahlkreise
200	199
201	200
202	201
203	202
204	203
205	204
206	205
207	206
208	207
209	208
210	209
211	210
212	211
213	212
214	213
215	214
216	215
217	216
218	217
219	218
220	219
221	220
222	221
223	222
224	223
225	224
226	225
227	226
228	227
229	228
230	229
231	230
232	231
233	232
234	233
235	234
236	235
237	236
238	237
239	238
240	239
241	240
242	241
243	242

— Grenze der gegenwärtigen Wahlkreise
— Grenze der vorgeschlagenen Wahlkreise

Grenzverlauf an einigen Stellen unsicher

